

# Die Baugewerkschaft

## Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.

Abo-nemtungspreis pro Quartal 2.— Mk. (ohne Beitragsbeitrag), bei Zustellung unter Kreuzband 2,40 Mk.  
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: Inserat 60 Pt., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Verbandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.

Postcheck-Konto der Hauptrasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Inseraten-Geschäftsstelle: Berlin O 17, Rüdersdorfer Straße 601. Tel.: Amt Königstadt 4337.

(Verbandsanzeigen wie Versammlungsanzeige u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 49.

Berlin, den 8. Dezember 1912.

13. Jahrgang.

### An die christlich-nationale Arbeiterschaft.

Kolleginnen und Kollegen!

Durch eine imposante Kundgebung hat ein außerordentlicher Gewerkschaftskongress unsere Stellungnahme zu den grundsätzlichen Streitfragen der Gegenwart wiederholt und unverrückbar festgelegt. Die Kongressdelegierten haben in Eurem Sinne das Geblütt der Treue und des brüderlichen Zusammenarbeitens der katholischen und evangelischen Mitglieder zur wirtschaftlichen und sozialen Hebung unseres Standes noch einmal mit allem Nachdruck erneuert. Die Essener Tagung hat Klarheit und Sicherheit gebracht, die soziale Bedeutung und nationale Notwendigkeit unserer Bewegung deutlich dokumentiert. Plater als je liegen unsere Ziele und Aufgaben vor aller Öffentlichkeit.

Vorbei ist die Beunruhigung, die durch die jüngsten Ereignisse in unserer Bewegung hervorgerufen wurde. **Vergebens war das Bemühen der Gegner, Zersplitterung in unsere Reihen zu tragen.** Rauschanden sind die Hoffnungen jener, die den Zerfall und das Ende der christlichen Gewerkschaften verheißen. Einmütig zurückgewiesen ist der Versuch, durch hämische Anzuweisung unserer religiösen Überzeugung und kirchlichen Gesinnung die gewerkschaftliche Arbeit zu erschweren. Mochten auch Feinde ringsum stehen: sie haben wieder einmal vorbereitet.

Nachdem der außerordentliche Kongress ernst die unterschütterliche und feste Haltung der christlichen Gewerkschaften zu ihren alten bewährten Grundsätzen öffentlich präzisiert hat, nachdem durch die Kundgebung maßgebender kirchlicher Instanzen festgelegt ist, daß den katholischen Arbeitern die Mitgliedschaft und Mitarbeit in den christlichen Gewerkschaften ausdrücklich gestattet ist, und alle Befürchtungen wegen der zentralen Organisationsform und der Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften ausgeräumt sind, richten die auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongress versammelten Delegierten an Euch die dringende, herzliche Mahnung: **Lest nunmehr alle Bitterkeit und allen Missmut beiseite; tretet mit der festen Entschlossenheit und begeisterten Arbeitsfreudigkeit, die von jeder unserer christliche Gewerkschaftsbewegung auszeichnete, unverzüglich in die umfangreiche, nachdrückliche Werbetätigkeit ein!**

Die öffentliche Meinung aller christlich und national gesinnten Kreise steht auf unserer Seite. In den jüngsten deutschen Arbeiterschaft ist durch die jüngsten

Auseinandersetzungen der christliche Gewerkschaftsgedanke bekannt geworden; unsere Bewegung hat in letzter Zeit ständig an Ansehen gewonnen. Die Stimmung für ihre weitere Ausbreitung ist außerordentlich günstig.

**Kolleginnen und Kollegen!** Blick hoffnungsfreudig in die Zukunft! In allen Stürmen und Kämpfen, in guten und bösen Tagen werdet Ihr Eure Führer stets auf der Wacht und an der Spitze finden. Sie werden mit Euch stehen und fallen. In unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung — darin liegt ihre innere Kraft und ihre Zukunft — sind ihre Führer und Mitglieder eins im Fühlen und Denken, eins im Willen zur Tat.

Wohlan denn, jetzt an die Arbeit! Rücket die Stunde. Entfaltet alle Kräfte zur weiteren Festigung und Ausbreitung unserer Organisationen.

Hoch die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung!  
Essen, 26. November 1912.

### Arbeitsleistung und Arbeitsfreude.

Die glänzende Entwicklung der Technik hat es mit sich gebracht, daß es heute Schwarmgeister gibt, die glauben, die Arbeit würde bald vollständig von Maschinen geleistet, und daher könne man auf die Arbeitskräfte in der kommenden Zeit verzichten. Manchen Unternehmern dünkt es ein Ideal, wenn die Zeit käme, wo sie keine Arbeiter mehr benötigen. Solche Anschaunungen zeugen von einer totalen Verkennung der wirtschaftlichen Zustände, oder sie entspringen einer gewissen Bosheit gegen die Arbeiterschaften. Es muß zugegeben werden, die Technik hat im letzten Jahrhundert eine glänzende Entwicklung gezeigt. Keine Zeit früher hat so viel technische Hilfsmittel gehabt, wie die unsrige. Erst im 19. Jahrhundert ist es dem forschenden Menschengeist gelungen, die in der Natur schlummernden Kräfte in den Dienst der Gütererzeugung zu stellen.

Eine Entwicklung von Jahrtausenden mußte die Menschheit durchschreiten, unzählige Opfer mußten gebracht werden, um die Wunder der heutigen Technik zu zaubern zu bringen. Große Völker, die, wie einst die Römer, die halbe Welt beherrschten und die ganze Welt sich unterzuordnen prebten, sie sind in das Massengrab der Weltgeschichte versunken, ohne daß es ihnen gelang, eine moderne Volkswirtschaft zu entwickeln. Wenn wir uns bei ähnlichen Werkzeugen und Hilfsmittel erinnern, die den alten Deutschen im Anfange unserer Zeitrechnung zur Verfügung standen und unsere modernen Kraftmaschinen mit Laufenden von Pferdebüffeln dem gegenüberstellen, dann kommt uns der gewaltige Fortschritt erst recht zum Bewußtsein. Die Technik erlaubt die Gütererzeugung in Massen, durch die moderne Verkehrstechnik werden die Produkte miteinander verbunden und so die Erzeugnisse der halben Welt zum Genuss zur Verfügung gestellt. Wir schaffen für die Menschen in den Tropen und diese wieder für uns. Die Riesenkolosse, die die Staaten der Säume durchdrillen, bringen uns die Rohstoffe der Tropen näher, und der Telegraph berichtet blitzschnell die Ereignisse der gesamten Weltwelt. Doch mehr. Wenn es möglich wurde, heute die Welt gemacht zu haben, müssen auch von der Arbeitsteilung zum Ziel haben, müssen auch von der Arbeitsteilung gefordert werden. In guten Schulen haben auch wir Interesse, die Arbeiterschule und die Tätigkeit der Gewerkschaften eine Erhöhung des Gemeinschaftsvermögens zu erreichen, erhaben die Geschäftigkeit und Leistungsfähigkeit des deutschen Arbeitersstandes; sie

versorgen, dann verdanken wir das nicht in letzter Linie der Technik.

Hat nun die Arbeit keine Bedeutung mehr, oder ist sie daran, ausgeschaltet zu werden? Gewiß nicht. Die moderne Technik ist das Werk des Menschengeistes; die Wunder der Technik zeigen uns so recht, wie hoch der Mensch über allen Geschöpfen steht. Es wird so gern vergessen, daß die Kultur der Gegenwart ohne die Vergangenheit unmöglich wäre. Unzählige Menschen haben für uns geforscht, groß ist die Zahl derjenigen, die für unsere Kultur verblutet sind. Alles, was wir anstaunen, wurzelt in dem Fleisch der Menschheit. Die Schriftsteller erzählen ihren Lesern so oft, daß die Arbeiter weniger arbeiten und daß die Gewerkschaft zur Faulheit anleite. Solche Unwahrheiten verbunkeln die Wirklichkeit. Ohne die technischen Hilfsmittel könnten viele Artikel nicht angefertigt werden, vor allem wäre die Massenproduktion unmöglich. Aber Hilfsmittel arbeiten nicht allein, sondern nur in Verbindung mit der menschlichen Arbeit, und die Werkzeuge sind, bis zu ihrer Entstehung und den letzten Quellen zurück verfolgt, selbst durch Arbeit entstanden. Nur die Arbeit des Menschen ist aktiv an der Gütererzeugung beteiligt. Damit soll die Bedeutung des Kapitals nicht verkannt werden; wenn man unter Kapital die Werkzeuge, Maschinen, Rohstoffe usw., also Güter versteht, die wieder zur Gütererzeugung verwandt werden, dann bestimmt unverkennbar das Kapital mit die Möglichkeiten der Produktion. In letzter Linie bestimmt aber doch die gesamte Arbeit eines Volkes auch die Masse der Güter, die angefertigt werden können. Es wäre falsch, die geistige und leitende Arbeit gering zu schätzen, ebenso ungetreit ist es aber auch, die Bedeutung der ausführenden Arbeit zu verkennen. Wenn die deutsche Volkswirtschaft im letzten Jahrhundert nach Herstellung der deutschen Einheit die französische und englische Volkswirtschaft nicht nur einholte, sondern zum Teil über sie hinausgeht, dann verdanken wir das weniger den Schäden unseres Landes als der Intelligenz und der hohen Fähigkeit zur Arbeit, die unser Volk eigen ist. Die Schriftsteller können reden, was sie wollen, ohne die guten Eigenschaften unserer deutschen Arbeiter wäre die den Rest anderer Völker herausfordernde Entwicklung unserer Industrie nicht möglich gewesen.

Als organisierte Arbeiter erstreben wir eine Besserstellung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, nur so können wir unsere Lebenshaltung erhöhen. Weil wir höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit usw. fordern, haben auch wir an den Fortschritten der technischen Entwicklung ein großes Interesse und eine fruchtbare Zukunftsentwicklung erträgt gemäß menschlichem Wert. In den letzten Jahren sind immer mehr Völker dazu übergegangen, Materialmittel zu erzeugen. Japan, Italien, Dialektreich-Lingau usw. haben ihre Ausfuhr sehr erhöht. Dadurch werden die Möglichkeiten für unser Land nicht leichter. Nur Waren, die eine Monopolstellung auf dem Weltmarkt erlangen, werden auf die Dauer lohnender Absatz finden. In den Waren muß sich viel Geschick und Kunst verkörpern, wenn sie keine große Konkurrenz finden sollen. Dazu brauchen wir eine hochentwickelte Technik, dazu sind aber auch intelligente und fähige Arbeiter notwendig. Alle Bemühungen, die eine Weiterentwicklung der Technik zum Ziel haben, müssen auch von der Arbeitsteilung gefordert werden. In guten Schulen haben auch wir Interesse, die Arbeiterschule und die Tätigkeit der Gewerkschaften eine Erhöhung des Gemeinschaftsvermögens zu erreichen, erhaben die Geschäftigkeit und Leistungsfähigkeit des deutschen Arbeitersstandes; sie

schaffen erst die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Konkurrenzkampf unserer Industrie auf dem Weltmarkt. Nur wenn die Entwicklung sich in fortschreitenden Bahnen bewegt, wenn wir unsere Waren mit Gewinn auf dem Weltmarkt absezzen können, hat die deutsche Arbeiterschaft auf einen weiteren kulturellen Aufstieg zu rechnen.

Dass die Arbeitsleistung, insbesondere wenn es sich um Qualitätsarbeit handelt, von ausschlaggebender Bedeutung ist, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Nur Böller mit viel Arbeitsenergie entwirkt überhaupt eine moderne Volkswirtschaft. Nun wird ja immer behauptet, jeder gesunde Mensch müsse seine Arbeitskräfte verbrauchen, wenn er gesund bleiben wolle. Wir wollen das nicht bestreiten. Gewisse Einschränkungen müssen aber gemacht werden, wenn der Satz richtig sein soll. Zunächst leuchtet ein, dass die Arbeit sehr verschieden ist. Wenn jeder nur die Arbeit zu leisten braucht, zu der er die größte Neigung hat und bis an die Grenze, wo eine gewisse Müdigkeit eintritt, dann wäre es so, wie oberflächliche Betrachtung es darstellt. Davor kann aber in der Volkswirtschaft leider keine Rede sein. In der Volkswirtschaft sind viele Arbeiten zu leisten, die keine Arbeitsfreude verursachen, und weiter müssen auch hente noch Arbeiter bis zur äußersten Anspannung ihrer Kräfte oder gar zum Schaden ihrer Gesundheit übermäßig arbeiten. Nun weizt aber jeder, welchen großen Einfluss die Arbeitsfreude auf die Arbeitsleistung ausübt. Was wir getan tun, das geht noch einmal so leicht. Nun hat aber die neuzeitige Arbeitsteilung viel zum Schwund der Arbeitsfreude beigetragen. Nur kleine Teile eines Ganzen stellt hente die Mehrzahl der Arbeiter her. Mechanische Arbeitsleistungen sind zu vollbringen, die den Geist töten und abstumpfen. Sollten das die Unternehmer und ihre Vertreter berücksichtigen, dann würden sie den Bestrebungen der Arbeiterschaft auf Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mehr Verständnis entgegenbringen.

Ein Anhänger zur Arbeitsfreude liegt in vielen Arbeiten nicht und daher müssen andere Mittel diesen Zweck erreichen, insbesondere höherer Lohn ist ein Mittel, hier einen Ausgleich zu schaffen. Es ist auch nicht wahrscheinlich, dass die mechanische Arbeit befürchtet wird, denn ein Teil der höheren Arbeitsleistung ist ja aus die Zerlegung der herzustellenden Gütern zurückzuführen. Der einzelne Mensch leistet mehr, wenn er immer dieselbe Arbeit leistet, nach diesem Grundsatz wird jeder Großbetrieb geleitet. Wie schon oben gesagt, kann nur in der Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes Erfolg geschaffen werden.

Bei der Beurteilung der Arbeitsfreude ist auch noch ein wichtiges Moment zu beachten und das ist die Tatsache, dass die meisten Arbeiter keine Aussicht auf eine höhere soziale Stellung und damit auf eine andere Beschäftigung haben. Von jungen Arbeitern wird diese Tatsache oft drückend empfunden. Es war doch ein gewisser Trost für den mittelalterlichen Handwerksgelehrten, dass er die Weiterzeugung hatte, demnächst selbstständig werden zu können. Die Scharfmacherprese beachtet alle diese Momente nicht, sie behauptet auch nicht selten, dass ja jeder fleißige Arbeiter es zu einer besseren Stellung bringen könne; als ob die 12 Millionen Lohnarbeiter in Deutschland noch einmal alle Betriebsführer oder Techniker oder gar Unternehmer werden könnten!

Hat so die industrielle Entwicklung die Arbeits- und Berufsstraße sehr herabgedrückt, so tragen die Unternehmer in vielen Fällen durch eine schlechte Arbeitserziehung noch dazu bei, dass vielen Arbeitern die Lust zur Arbeit vergeht. Es soll keiner und Sträucher geben, in deren Umgebung keine obere Plage wohnt, sicher ist aber auch, dass es Menschen gibt, die alles tun, um ihren Untergebenen die Arbeitsfreude zu vereinfachen. Es sind doch in Deutschland nur wenige Unternehmer, die neben der technischen Verbesserung ihrer leidenden Kräfte auch bemüht sind, dass diese Menschen behandeln können. Herr Weidner sprach vor Polier, Wertheimer, Meissner, Schmidheiter u. a. nicht behandeln zu können, die Sprachlosigkeit ist, er berichtet zu schwärzen. Und das sollte man glauben, auf das Verhältnis zur die soziale Verbesserung von Menschen würde mehr Wert gelegt als auf die der Mindesten. Das ist die Sprachlosigkeit über die Mindeste gegen einen Menschen! Keine Rücksicht, die keinen ist, die Arbeiter müssen so beschäftigt werden, dass sie keinen für ausziehen will, so kann mit höherem Gehalt, höherem Gehalt etwas machen, dass die Arbeitserziehung noch besser werden könnte. Sie kann beiden Seiten leicht eine soziale Verbesserung brachten müssen. So muss jede Unternehmerin dazu bei, dass eine soziale Verbesserung kommt und dass die Arbeitsförderung und Arbeitsbeschaffung größer wird.

Und noch häufig die Arbeitsfreude herabgedrückt wird die Unternehmer beim Einkommen der Arbeitnehmer. Das führt zu einem Verlust an Arbeitskraften. Das führt zu einem Verlust an Arbeitskraften.

dass sie das Verständnis der Unternehmer für eine richtige Arbeitserziehung wecken, dass die dem Unternehmer klar machen, es würde auch ihn verbittern, wenn die Arbeiter seine Organisation so bekämpfen würden, wie er das nicht selten tut. Leider ist hier vorläufig noch nicht viel zu erwarten. Die Unternehmerprese ist sehr häufig mit ungerechten Angriffen bei der Hand, ihre Aufgabe war bis jetzt nicht, auch Erziehungsarbeit zu leisten, sondern die Unternehmer gegen die Arbeiter scharf zu machen. Um so mehr wird es unsere Aufgabe sein, diese wichtigen Fragen zu besprechen und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit hierauf zu lenken. F. E.

gesetzt machen müssen. Unter diesem Gesichtswinkel scheint auch die Kartellierung der baugewerblichen Arbeitgeberverbände vor sich gegangen zu sein. Erklärt die „Fachzeitung“ folgendes:

„Da sich das gesamte deutsche Baugewerbe, einschließlich des Verbandes der Materiegeschäfte am 1. April vor die gleiche Frage gestellt sieht, so darf es doch wirtschaftlich jedem objektiv denkenden Menschen erklärlich erscheinen, dass sich der Arbeitgeberverband für die Holzindustrie in engstem Sonnen mit diesen großen Verbänden zu bringen versucht, um ihnen die vielleicht nicht zu vermeiden möglichen Kämpfe zu führen.“

Ob die Abwehr notwendig, hängt von den Arbeitern ab, ob deren Forderungen derart wären, dass die Existenzmöglichkeit der Arbeitgeber damit in Einklang bringen sei.

Über eine „in mäßigen Grenzen“ sich haltende Lohn erhöhung, so schreibt die „Fachzeitung“, würde wohl eine Verständigung erzielt werden können. Zu berücksichtigen sei, dass die deutsche Holzindustrie bezüglich der Löhne „an der Spitze aller Berufsorten steht“.

Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit findet dem Arbeitgeberorgan keine Befürwortung. Die Arbeit würden sich damit absindern müssen, „dass die gegenwärtige Arbeitszeit in den allermeisten Vertragsstädten noch länger als angemessen gelten muss.“

An die Mitglieder der eigenen Organisation wendet sich die „Fachzeitung“ mit folgenden Worten:

„Gedenkst du es für die Mitglieder unserer Verbände gut sein, sich nicht einem vielleicht trügerischen Optimismus hinzugeben, sondern alles daran zu setzen, um die Reihen zu schließen und die noch abseits stehenden Kollegen zum Schutzverband heranzuholen. Die Vorstände unserer Bezirkverbände aber erwünscht auf gesichts der uns in sichere Aussicht gestellten und inzwischen nun auch von unserer Seite vollzogenen Fertigung der Verträge die Pflicht, die Berufsgenossen ihres Bezirkes auf die Lage aufmerksam zu machen und die Situation auszunutzen, denn die günstige Gelegenheit auch die Indifferenzen aufzurütteln, dürfte so bald nicht wieder kommen. Gewiss wollen wir den Frieden und alles tun, um die schwere Schädigung, welche mit einer Aussperrung verbunden ist, zu vermeiden, aber auch der Beste kann nicht im Frieden leben, wenn der Nachbar es nicht will!“

Sind die voraussichtlichen Forderungen der Arbeit mit der Existenzmöglichkeit der Arbeitgeber unvereinbar, und bleiben unsere auf den wirtschaftlichen Friede gerichteten ernsten Bemühungen ohne Erfolg, so werden wir natürlich auch das äußerste nötigen und uns dazu vorbereiten, da wir mit Ehren werden bestehen können. Hierzu gehört allerdings auch unser Beitritt zum Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeber-Verbände und die „Holzarbeiter-Zeitung“ hat recht, wenn sie meint, dass ein Kampf im Baugewerbe bei Chancen einer Abwehr in der Holzindustrie nicht unweiglich verbessert würde. Es unterliegt auch gar keinem Zweifel, dass wir nötigenfalls diese günstigen Chancen auszuholen werden, denn das wird der Freigiebigste endlich einmal an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit ankommen müssen, bedarf weiter keine Ausführung.“

Diesen Ausführungen noch Erläuterungen zu geben, ist überflüssig. Unsere Kollegen wissen jetzt, woran sie sind. Aufstellungs- und Werbearbeit auf der ganzen Linie für unseren Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands ist nun unabdingbare Notwendigkeit, wenn wir den jetzt eingeseiteten großen Tarifkampf mit Ehren und Erfolg bestehen wollen.“

So weit der „Holzarbeiter“. Wir glauben, es ist überflüssig, die ersten Lehren, die sich aus diesen Zeilen auch für uns Bauarbeiter ergeben, noch besonders hervorzuheben. Unsere Kollegen mögen selbst die rechte Anwendung auf das Gesagte machen.

## Allgemeines.

Bezug die Enghylla Singularia quadam missbräucht wird. Die katholische Firma Heintz, Kissing Devotionalienfabrik in Menden (Westf.), die den Titel Päpstlicher Hoflieferant führt, hat die christlich organisierten Arbeiter vor einigen Wochen ausgesperrt, weil in einer anderen Fabrik, Schmöle u. Co., deren Inhaber evangelisch sind, Wohnstreitigkeiten mit den christlich organisierten Arbeitern ausgetragen waren. Die Aussperrung ist erfolgt auf einen Beschluss des Arbeitgeberverbandes. Die Firma Heintz, Kissing beruft sich bei der Aussperrung darauf, dass den Arbeitern die Friedenshand geboten, vor ihnen aber zurückgewiesen sei. Demgegenüber steht, so schreibt man der „Westfälischen Volkszeitung“ in Bochum, dass die Arbeiter jederzeit zu Verhandlungen bereit gewesen sind, die organisierten Arbeitgeber aber jegliches Verhandeln abgelehnt haben. Bei diesem Zustand scheint es geradezu ungemeinlich, dass die Firma Heintz, Kissing, Päpstlicher Hoflieferant, folgenden Anschlag in der Fabrik, der die Enghylla für ihre geschäftlichen Zwecke missbraucht, veröffentlicht:

„Du musst von Seiten der Arbeitgeber das weitestgehende Entgegenkommen (man vergleiche hiermit die obigen Darlegungen, Red.) zeigen, aber der Organisation es tatsächlich an gutem Willen der freien Beilegung der Streitigkeiten mangelt, so sind wir leider gezwungen, die organisierten Arbeiter zu entlassen.“

## Vertragskündigung im Holzgewerbe.

Die bevorstehende große Tarifbewegung im kommenden Frühjahr, von der nicht nur das Baugewerbe, sondern auch das Holz- und Malergewerbe betroffen werden, ist in ein erstes Stadium getreten: der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe hat alle Verträge, soweit sie in die allgemeine Bewegung von 1910 hineinbezogen waren, zum 15. Februar 1913 gekündigt. Dieser Schritt der Holzindustriellen war kaum ohne die Zustimmung und das Einverständnis der Führer des Baugewerbeverbundes erfolgt sein. Es kann auch in der Tat nicht verkannt werden, dass bei der engen Lüierung der Arbeitgeberverbände des Baugewerbes und des Holzgewerbes eine Bewegung in dem letzteren von ziemlicher Bedeutung für das eintrete werden kann. Das um so mehr, als die Tarifablaufftermine in den beiden Gewerben zeitlich nicht sehr aneinander liegen. Die Scharfmacher im Baugewerbe scheinen sich also nicht verrechnet zu haben, als sie für die Durchführung ihrer Pläne im nächsten Frühjahr auf die Hilfe anderer Gewerbe bauen. Wir haben allerdings auch kaum jemals daran gezweifelt, dass es so kommen würde. Vollends konnte kein Zweifel mehr bestehen, als im Sommer d. J. der „Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeber-Verbände“ zustande kam mit dem ausgeprochenen Zweck, die gegenwärtige Unterstützung der verschiedenen Gewerbegruppen bei ausbrechenden Arbeitskämpfen zu gewährleisten. Dem Reichsbund gehört auch der Arbeitgeberverbund für das Holzgewerbe an. Seine treibende Kraft aber war und ist der Arbeitgeberverbund für das deutsche Baugewerbe. Und das belagt für die kommende Situation genug.

Zur Information unserer Mitglieder geben wir in Nachstehendem einen kurzen Überblick über Entwicklung und Stand der Tarifbewegung im Holzgewerbe.

Ahnlich wie im Baugewerbe, hat der Tarifvertragsgedanke auch in der Holzindustrie erst in diesem Jahrhundert größere Fortschritte gemacht. Wohl bestanden in ihr schon um die Jahrtausendwende und darüber hinaus eine Reihe Tarifverträge, und um 1905 zählte man bereits einige 200 solcher Verträge, die aber noch durchweg lokalen Charakter trugen. Eine systematische Zusammenfassung der Verträge und damit Stellung der ganzen Tarifvertragspolitik auf eine breitere Grundlage datiert erst seit dem Jahre 1907. Hauptsächlich auf Seiten des 1902 gegründeten Arbeitgeberverbundes, der schon frühzeitig den Reichstag mit einheitlichem Abschlussvertrag austreite, ist diese Entwicklung allmählich fortgeschritten. Erstmals trat die Zusammenfassung der vielen Einzeltarife in Berlin in Erhebung, indem die im 1907 abgeschlossenen Verträge für Groß-Berlin und noch zwölf weitere Städte zunächst auf drei Jahre festgelegt wurden. Auf Grund von Einigungsverhandlungen im Frühjahr 1908 in Leipzig kam zu jener ersten eine weitere Gruppe von Tarifverträgen, die im Jahre 1911 zum Abschluss kamen. Im nächsten Jahre fand der Beiztarif in Rheinland-Westfalen und in Südwesdeutschland Eingang. Immer aber hatten noch die verschiedenen Gruppen tarife unter sich besondere Abschlüsse, und sie kamen auch nur in besonderten Verhandlungen zusammen, da die Arbeitersorganisationen sich mit guten Gründen gegen einheitliche Ablaufstermine wehrten. So in den Einzelpässen, die seit 1908 in die Tarifvertragsbewegung hineingezogen wurden, konnte der Arbeitgeberverbund für das Holzgewerbe einen einheitlichen Vertragsablauf für Frühjahr 1910 oder 1911 vereinbaren. Die im Jahre 1910 erneuerten Verträge regelten bereits die Arbeitsverhältnisse von 40 000 Arbeitern. Sie haben um einheitlichen Ablaufstermin, den 15. Februar 1913, und an diesem Umstand lag es, dass der Arbeitgeber damals nur unter großen Schwierigkeiten zu handeln kam. Die im Jahre 1911 zum Abschluss gekommene Gruppe wurde ebenfalls erneuert, und zwar bis zum Februar 1915. Die rheinisch-westfälischen und südniedersächsischen Tarifverträge wurden im Sommer dieses Jahres auf weitere vier Jahre abgeschlossen, sie laufen bis zum Jahre 1916. Die jetzt zur Standung gelangte Tarifgruppe ist die Kürze der im Holzgewerbe bestehenden Tarifgruppe auf 51 Verträge, die nach den Angaben der „Fachzeitung“ des Arbeitgeberverbundes für 61 000 Arbeiter die Arbeitsbedingungen regeln.

Der „Holzarbeiter“, das Organ des christlichen Holzgewerbeverbundes, gibt in seiner Ausgabe 47 folgendes lehrreiche Bild über die jetzige Situation. Nachdem er die Tatsache der Tarifkündigung durch den Arbeitgeberverband mitgeteilt hat, schreibt er:

„Unsere Kollegen waren in einer Reihe von Verhandlungen willens, die Verträge nicht zu kündigen. Sie haben es für ratsamer, die Verträge stillschweigend ein zweiter Lohn zu lassen. Der Arbeitgeberverbund hat durch diese Weisung einen dichten Strich durch.“

Der Arbeitgeberverbund begründet die Kündigung aller Verträge in der „Fachzeitung“ damit, dass es unmöglich sei, die sozialen Holzarbeiter-Verbände ebenfalls die Kündigung der Verträge angeregt sei. „Ganz gleichwohl habe ich ja an alle Einzelheiten

In der Enzyklika des Papstes Pius X. heißt es:

Was immer der Christ tut, auch in der Ordnung der kirchlichen Dinge, es steht ihm nicht frei, die übernatürlichen Güter außer acht zu lassen, er muß vielmehr den Vorschriften der christlichen Lebensweisheit gemäß zum höchsten Gute, als dem letzten Ziel, alles hinordnen. Alle seine Handlungen aber, insoweit sie gut oder böse in sittlicher Hinsicht sind, d. h. insoweit sie mit dem natürlichen und göttlichen Gesetze übereinstimmen, aber von ihm abweichen, sind dem Urteil und dem Richteramt der Kirche unterworfen. — Alle, die sich als Einzelpersonen oder in Vereinigungen des christlichen Namens rühmen, dürfen, sofern sie ihrer Pflicht eingedenkt sein wollen, keine Feindschaften und Brüderfeindschaften unter den Ständen der bürgerlichen Gesellschaft schützen, sondern müssen untereinander Frieden und wechselseitige Liebe befördern.

Gossend, daß nach dem vorstehenden Passus der Enzyklika der organisierte Arbeiter so viel religiöses Gefühl und Gehorsam gegen Seine Heiligkeit besitzen werde, um die nicht außer Arbeit gesetzten Arbeiter, es sind 89, nicht durch Terrorismus zu belästigen, sondern diese in Frieden weiter arbeiten lassen, so werden diese nicht ausgesperrten Personen hiermit gebeten, am Montag ruhig ihrer Arbeit nachzugehen. Es wird ihnen jeglicher weitgehende Schutz leisten und auch für die Folge von herabsteileitung zur Seite stehen. Die Niederschrift, sie möchten den ausgesperrten Arbeitern nicht in den Rücken fallen, ist vollständig hinfällig, da die Friedenshand, welche unerstets der Organisation gereicht wurde, schroff zurückgewiesen worden ist. Das In-den-Rücken-fallen ist somit auf anderer Seite zu suchen.

Franz Kissling. Heinr. Kissling."

Doch daß der Enzyklika jetzt schon passieren muß! Daß die Unternehmer dieselbe zu ihren Gunsten auszunutzen gedenken, haben wir uns bald gedacht. Ja, sie geht den Unternehmern noch gar nicht weit genug, denn die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände in Berlin veröffentlich in der gleichen Sache ebenfalls eine Darstellung, die allerdings die Tatsachen auf den Kopf stellt, an deren Schluß es heißt:

Das Verhalten des christlichen Verbandes . . . scheint hier nach nicht als ein solches, wie es der Papst den christlichen Gewerkschaften, wenn er sie tolerieren will, zur Pflicht macht.

Auso verbietet der Papst die christlichen Gewerkschaften ganz. Die Scharfmacher, diese rücksichtslosen und brutalen Gewaltmenschen, in deren Reihe ein Alexander Lille das Wort sprechen konnte, Menschenrechte gehören in die Rumpelstämmer, als Hüter der päpstlichen Enzyklika: Ein Bild zum Gotterbarmen.

Zu dieser Angelegenheit geht uns von der Zentralstelle des christlichen Metallarbeiterverbandes noch folgende Mitteilung zu:

Unter der Überschrift: „*Der Enzyklika des Papstes über die christlichen Gewerkschaften*“ versendet die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände ein Kundschreiben an die Presse, welches sich mit der Metallarbeiter-Aussperrung in Menden (Westf.) beschäftigt.

In der Rottz wird behauptet, die Ursache der Aussperrung sei darin zu suchen, daß der christliche Metallarbeiterverband von der Firma Schmölle u. Comp. in Menden die Wiedereinstellung eines entlassenen Arbeiters verlangt habe. Als der Verband mit dieser Forderung nicht durchgedrungen sei, habe er Forderungen auf Arbeitszeitverkürzung, Lohnreduktion usw. gestellt. Ferner seien von dem Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes in einer öffentlichen Arbeiterversammlung wichtige Tatsachen — die Bewegung betreffend — verschwiegen worden, und das Vorgehen des christlichen Metallarbeiterverbandes sei bestimmt aus agitatorischen Gründen.

Diese Behauptungen sind unwahr. Als der Bezeichnende entlassen wurde, haben einige Mitarbeiter die Betriebsleitung gebeten die Entlassung zurückzunehmen, weil der Mann schon lange Jahre dort beschäftigt sei. Der christliche Metallarbeiterverband hat seineswegs die Wiedereinstellung des entlassenen Arbeiters verlangt, das war unnötig, weil dieser inzwischen anderweitige Beschäftigung hatte. Tatsache ist ferner, daß die Arbeiter längst eine Lohnabnahme usw. wünschten. Auch reichen die Wünsche nicht einmal an das heran, was in anderen Städten längst ortsspezifisch ist. Dohr ist es wiederum unrichtig, wenn die Hauptstelle behauptet, das Vorgehen des christlichen Metallarbeiterverbandes sei bestimmt aus agitatorischen Gründen. Diese Behauptung wird übrigens von den Arbeitgeberverbänden bei jeder Bewegung aufgestellt, wodurch sie allerdings nicht an Wahrscheinlichkeit gewinnt.

Nicht unwahr ist die Behauptung, der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes habe in einem Referat wichtige Tatsachen verdeckt. Vielmehr referierte dieser an der Hand eines den Arbeitern gegebenen Schriftstückes, welches die keinerlei Zugeständnisse enthaltenen Friedensbedingungen der Firma Schmölle u. Comp. darstellte, und davon kein einziger Punkt verschwiegen worden ist.

Das Hinneinziehen der Enzyklika durch die Mendenarbeiter, was jetzt auch die Hauptstelle tut, ist zum Ausdrucke gebracht. Die Arbeitgeberorganisationen handeln bei ihren Aussperrungen, wodurch zehntausende Arbeiter brotlos gemacht werden, doch ganz bestimmt nicht nach den Grundsätzen der Liebe und Gerechtigkeit. Diese Grundlage, von denen in der Enzyklika die Rede ist, sind aber doch nicht nur für die Arbeiter da, sondern auch für die Arbeitgeber. An den Arbeitern und ihrer Organisation ist es nicht, wenn durch die Aussperrung der ausblühende Mendenarbeiterbezirk schwer geschädigt wird. Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände hätte anstelle die Aussperrung gutzuheben, entsprechend den Grundsätzen der Liebe und Gerechtigkeit, eine Verhandlung zwischen den Parteien mit annehmbaren Friedensbedingungen herbeizuhören lassen. Die Arbeiter sind vor wie nach zu Friedensverhandlungen bereit."

**Vernünftige Worte**, die sich recht wohlstehend von dem lächerlichen Phrasenschwall der unter großem Lärm in Szene gesetzten sozialdemokratischen Friedensdemonstrationen abheben, findet der frühere Sozialdemokrat Richard Calwer für die gegenwärtig hochgespannte internationale politische Lage. In seiner „Konjunktur“ (Nr. 6) schreibt er:

„Gewiß ist es wünschenswert, daß der Friede erhalten bleibt, daß wir wegen der Orientfrage nicht in einen Krieg verwickelt werden. Man soll auch verlangen, daß die deutsche Diplomatie in diesem Sinne tätig sein soll. Über darüber soll man sich in einer Täuschung hingeben, daß die Entwicklung des ganzen Handels keineswegs von den Staaten abhängig ist, die bestrebt sind, den europäischen Frieden aufrecht zu erhalten, sondern von den Ländern, die Störenfriede sein wollen, und die keine so starke Sozialdemokratie haben, die sie zwingen will, ihre imperialistischen Bestrebungen zu unterdrücken. Diesen Ländern gegenüber muß man auf alle Eventualitäten gewappnet sein, und auch vom Standpunkt des Sozialismus muß man wünschen, daß nicht die höhere Kultur von der noch tiefer stehenden vergewaltigt werde. Das ist der Punkt, der auch der westeuropäischen Arbeiterschaft so empfindlich werden kann, daß alle Friedensbestrebungen zusammensetzen werden. Was muß alles schöne Gerede vom ewigen Frieden, wenn die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Voraussetzungen zu einem solchen Zustand noch nicht vorhanden sind? Und wie kann man die allgemeine Abschaltung durchführen wollen, so lange die kapitalistischen Interessengegensätze der Nationen nicht gleichmäßig durch eine annähernd gleich starke Sozialdemokratie neutralisiert werden können? So lange dieser innere Ausgleich in den einzelnen Ländern nicht geschaffen ist, so lange muß noch immer mit der Möglichkeit von Kriegen gerechnet werden, in denen die kulturell höheren Länder sich gegen die wirtschaftlich aufstrebenden und noch nicht kapitalistisch voll entwickelten Länder zu verteidigen haben.“

Er wird tauben Ohren predigen. Denn wo, wie das bei der Sozialdemokratie der Fall ist, alles nur nach dem Gesichtspunkt der Agitation gewertet wird, da ist das Gefühl für reale Verhältnisse und Bedürfnisse längst abhanden gekommen. Daß dabei das Arbeiterinteresse nur zu oft zu kurz kommt, ist erklärlich. Wieweit übrigens das gegenwärtige Verhalten der sozialdemokratischen Kreise davon entfernt ist, der Erhaltung des internationalen Friedens zu dienen, zeigt eine Auskunft im „Berliner Tageblatt“, einem für die Sozialdemokratie gewiß unverdächtigen Zeugen. Dieses bürgerlich sein wollende, in Wirklichkeit rosa-rote Blatt, das sonst nicht genug Beleidigungs- und Beschimpfungsgründe für die sozialdemokratische Politik anzuführen weiß, schreibt in seiner Nr. 592 dem „Vorwärts“ bezüglich seiner auswärtigen Politik folgendes ins Stammbuch:

„Stramm und unentwegt steht hinter Serbien und den russischen reaktionären Kriegstreibern nur der „Vorwärts“, das in Fragen der Auslandspolitik völlig unerfahren ist. Organ der deutschen Sozialdemokratie. Der anhängerlose Herr, der dort sich breit und behaglich zu den auswärtigen Fragen äußert, sieht sich sogar über die in Alserien verübten Greuel mit den häbischen, leicht ironischen Worten hinweg: „Das ist nun gewiß ein verächtigungswürdiges Verbrechen, das ist aber eben der Krieg!“ Da der „Vorwärts“-Politiker bei dieser Gelegenheit auch den Anschein zu erwecken sucht, als ständen wir auf Seiten der österreichischen Kriegspartei — was wohl noch niemand sonst aus unserer Haltung entnommen hat — so wollen wir ihm nur sagen, daß diese Behauptung leicht widerlegbar ist, daß wir es aber auch ablehnen, uns, wie er, in den Dienst der panslawistischen Geher der Petersburger Damentei und der schüren den Wundermönche zu stellen. Wer in diesem Augenblick nicht nach allen Seiten hin zur Vernunft mahnt, wer den selbstbewußten, herausfordernden Starrsinn der Serben und die lauernden Absichten der russischen Hintertreppe verteidigt und unterstützt, von dem kann man wahrhaftig nicht behaupten, daß er dem Frieden dient. Leute wie diejenigen, die im „Vorwärts“ Politik machen, sind die eifrigsten — wenn auch hoffentlich die ungefährlichsten — Gegner einer Verständigung, und selbst ihre Unkenntnis und ihre Oberflächlichkeit entschuldigen ihr Friedensstörendes Treiben nicht.“

Dieses Urteil ist nicht mißverständlich, und da es von einer dem „Vorwärts“ befürworteten Seite kommt, um so beweiskräftiger. Aber ruhen wird's auch nicht.

**Sozialdemokratische Verleumdungen des Eichsfeldes.** Ein Eichsfelder Kollege berichtet und: Die Sozialdemokratie hat in katholischen Gegenden oft recht wenig Erfolg trotz aller Mühe, die sie sich dort gibt, und trotz aller Neutralität, die sie dort beobachtet. Zu diesen Gegenden gehört auch das Eichsfeld. Auch hier hat die Sozialdemokratie bisher mit recht wenig Erfolg gearbeitet. Wie sie nun aber solche Bezirke, in welchen die sozialdemokratische Weizen nicht so blühen will, wie sie es wünscht, einschlägt, davon legt der sozialdemokratische „Volksfreund“ in Braunschweig in seiner Nr. 260 vom Dienstag, den 5. November d. J., Bericht ab, es heißt dort:

„Vom Eichsfelde. Das fromme, tiefschwarze, katholische Eichsfeld scheint eine wahre Brutstätte für Brandstifter zu sein. Wie die Röhrtschädel und gemeinen Verbrechen gerade in den von den Prärien umumschrankten beherrschten Gegenden am meisten zu Hause sind, so kommen im schwarzen Eichsfelde die Brandstiftungen unverhältnismäßig häufig vor. In Nordvorstadt wurden vor einigen Tagen 18 Gebäude entzündet, in Bockelhagen eine große Scheune,

Wingerobe 2 Untersetzen, und am Freitag wurden in Desingerode die Untersetzen des Kinematographenbesitzers Friedlaun und des Barbiers Nappé ein Raub der Platten. So geht es fast Tag für Tag weiter. In allen Fällen vermutet man Brandstiftung.“

Ein Kommentar zu solchen Gemeinheiten ist eigentlich überflüssig. Es steht diesen Leuten gut an, von Röhrtschädeln zu sprechen und setzt die niedrigsten Anwürfe auf andere zu werfen. Es gehört aber zur sozialdemokratischen Kulturarbeit, daß alle Andersdenkenden mit den schäbigsten Mitteln belästigt werden müssen. Den wenigen, welche auf dem Eichsfelde den Sozialdemokraten nachsauen, sollen vorstehende Zellen zeigen, in welcher Gesellschaft sie sich befinden. Was würde die Sozialdemokratie sagen, wenn man ihr alle die schweren Einbrecher und die vielen Hochstapler Berlins an die höchste hängen wollte? Dabei haben diese viel mehr Geistesverwandtschaft mit der Sozialdemokratie, als mit dem Christentum. Denn ein solcher hat mit dem Christentum nichts mehr zu tun. Seinem Berütertrieb nach zu rechnen, ist er absolut den roten Berütern zugurechnen.

**Aus einer sozialdemokratisch verwalteten Ortskasse.** In der Ortskassenkasse in Solingen, die mit circa 30.000,- Jahresumsatz arbeitet, ist eine unglaubliche Mischnirtschaft ausgeübt worden. Solingen ist eine sozialdemokratische Hochburg, wo selbstverständlich auch die Reichtum des Ortskassenkassenvorstandes sich aus wahren Sozialdemokraten zusammenfegt. Schon öfter war hier und da etwas von Unregelmäßigkeiten in der Kassenverwaltung durchgesickert, bis nunmehr das Verhältnis über die bisherige Leitung der Kasse hereinbrach ist. Es sind schon jetzt 11.171 Lagen im Betrage von über 100.000,- festgestellt worden. In den Unterschlagungen sind beteiligt der Rendant und erste Kassenkassenvorstande, der sozialdemokratische Stadtverordnete Knoth, die Sozialdemokraten Albers und Stiemke. Der Rendant Reinhardt hat zugegeben, 60.000,- unterschlagen zu haben. Der Vorstand trieb mit den Geldern der Kasse ein schwunghaftes Geldverleihgeschäft, bei dem mit keine Zinsen gezahlt und keine Rückzahlungen geleistet wurden. Der Vorsitzende Knoth ließ sich mehrere tausend Mark aus der Kasse zahlen, ebenso der zweite Vorsitzende Gieckmann; letzter verkauft auch Geldschrank und Möbel, die der Kasse gehörten, und verwandte das Geld für sich. Er ließ sich auch Geld auf gefälschte Quittungen geben. Das Vorstandsmitglied Böselkamp nahm zweimal 20.000 Mark aus der Kasse, von denen er 9.000,- zurückgab. Albers ließ sich mehrere tausend Mark aus der Kasse geben und verwandte das Geld zu Vergnügungsreisen. Vorstandsmitglieder haben wiederholt mit dem Rendanten Vergnügungsreisen nach Köln, Düsseldorf und Elberfeld unternommen und Seltgelage in den dortigen Bars und öffentlichen Häusern veranstaltet. Nicht selten wurden in einer Nacht 200-300,- vergeben. Das Geld dazu wurde aus der Kasse genommen. In anderen Fällen schwächt die Untersuchung noch. Der Rendant fälschte Quittungen über Invalidenmarken, indem er für 70,- einlautete und daraus 2070,- machte. Die Gesamthöhe der Unterschlagungen ist noch nicht festgestellt. Die Aufsichtsbehörde hat den Vorstand der Kassenkasse sofort seines Amtes entzogen, und die Verwaltung der Kasse selbst übernommen. Durch die bevorstehenden Gerichtsverhandlungen wird der Schleier von dieser Stichprobe sozialdemokratischer Verwaltungskunst noch weiter gelüftet werden.

**Wo bleibt Baron Franz von Savigny?** Wie die „Frankfurter Zeitung“ mitteilt, haben die angeführten Beziehungsgeellschaften in den ersten drei Quartalen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres folgende Gewinne eingeholt:

	1911	1912
Aplerbeck	318.712	440.030
Adler	539.910	629.597
Böchumer Bergbau	486.789	798.315
Ewald	2.630.251	4.561.557
Graf Schwerin	674.911	949.529
Graf Bismarck	2.792.431	3.441.753
Harpfen	11.660.000	16.801.500
Hiberna	7.984.580	10.040.748
König Ludwig	1.815.577	2.466.780
König Wilhelm	1.937.937	3.400.526
Königsborn	2.307.643	2.689.089
Königin Elisabeth	2.520.897	2.897.172
Mühs. Bergwerke	1.580.529	1.658.183
Gesamt	967.285	1.549.592

Was sagt wohl „Sitz Berlin“ hierzu? Ist der Rektorationskreis auch gegenüber solch kolossal Gemüthsregungen nicht erlaubt, wenn dem Arbeiter der gerechte Anteil daran vorerhalten wird? Das zu erlösen, wäre für uns sehr interessant. Auch noch ein anderes wäre zu wissen sehr schön, nämlich ob man diesen Unternehmern mit Auskultationsbüchern und mit Schiedsgerichten mit bindender Kraft, die vielleicht später einmal eingeführt werden, behilflich kann, wenn sie den Arbeitern den gerechten Anteil am Gewinn verweigern.

**Eine Gemeinschaft.** Bis zu der am 27. November stattgefundenen Präsidentenwahl ist gleichzeitig die christliche Arbeiterschaft noch mit den Nachzählerinnen des Kongress nach Berlin eingetroffen, deutet dies das wilde „Berliner Tageblatt“ (Nr. 600) dahin.

Welchen Rücksicht den Eifer möglicher Berechtigte erträgt, daß man nicht ohne Mot zuviele Wahl-Drosten einbüßt?

Was kann doch nur ein echter Sozialist fürstellen, der auf den Präsidenten nicht über das Messinggestell im Auge hat.

**Der Hansabund und die Gelben.** Auf der am Sonntag, den 17. November, in Berlin stattgefundenen Tagung des Hansabundes referierte Herr Professor Hans Delbrück über Sozialpolitik und Unternehmertum. Nachdem er einen Schluß mit der Sozialpolitik für die Arbeit, für die nunmehr genug geschehen sei, proklamiert hatte, kam er auch auf die Gelben zu sprechen:

Ich glaube, daß die gelben Gewerkschaften eine große Zukunft haben. Man hat ihnen naßgesagt, sie seien Schöpfungen der Unternehmer. Für viele mag das zutreffen. Aber wenn sie eine gewisse Macht erreicht haben, dann bekommen sie auch eine gewisse Selbständigkeit. Sie haben auch schon erklärt, daß sie grundsätzlich auf das Streikrecht nicht verzichten. Aber die gelben Gewerkschaften sagen, daß die Interessen der Arbeiter denen der Arbeitgeber nicht entgegengesetzt sind, sondern im wesentlichen mit ihnen übereinstimmen. (Sehr richtig!) Ein Arbeitgeber könnte nur dann gute Löhne bezahlen, wenn er selber viel verdient. Diese richtige Tatsache haben die sozialdemokratischen Arbeiter infolge des Klassenkampfes verloren. Es ist deshalb von hohem Wert, wenn aus der Arbeiterschaft jetzt dieser Grundsatz gepredigt wird. (Sehr richtig!) Dafür verbürgen die Sympathien der Deutschen für uns.

Sehr Geheimrat Rießert, der Präsident des Hauskundes sprach Herrn Professor Delbrück den Dank für seine Rede aus. Und Herr Dr. Raumann, der ehemalige Antikommissar und radikale Sozialpolitiker wußte in seinem Beitrag über Reichsjustizpolitik und nationale Aufgaben weiter nichts dazu zu sagen, als folgendes:

Wir müssen die Verständigung finden zwischen dem Bürgerkum in allen seinen Teilen, mit den Arbeitern und mit den Angestellten in allen ihren Teilen. (Beifall) Sag man über die gelben Arbeiter auch besser und streunlicher denken, als ich es bisher tat, keinesfalls kann der große Sieg gegen Rechte nur mit gelber Hölle gemacht werden. Dazu gehören ganz andere Kolonnen, dazu gehört der Aufmarsch vom ersten bis zum letzten. (Beifall.)

Das ist sehr wenig. Gleichwohl vertrat Herr Hartmann den Standpunkt, die christlichen Arbeitert j sollen in die freien Gewerkschaften eintreten, um sie von innen heraus zu reformieren. Wenn der Kongress aber sich als Prototypus der Gelben und sozialpolitischen Gewerke hervorgeben will — dem Dank der Arbeiter wird er sicher dafür erhalten.

## **Wirtschaftliche Bewegung.**

Gesperrt sind: Württemberg-Ruhrt (Sperrte über die fernen  
Süd- und Süppenmutter wegen Rücknahmehaltung des Toxins).  
Ölsa (für Flottenleger die Schwärzerei der Eiweiß u.).  
Gesperrt sind: (Flottenleger) (Sperrte über die fernen  
Süd- und Südost- & So). Württemberg, Eifel (Sperrte über die fernen  
Gegenden je nach der lungen Regierung). Südbadenkreis  
(Sperrte über den Schwarzwald). Süppenmutter wegen Rück-  
nahmehaltung des Toxins (Württemberg). Spessart (Pfälz.) (Gebiet der  
Fränkischen Alb). Ruhrt ist jetzt unbefestigt.

**Ullstein.** Die Spur bei der Anna Gebr. Wagner fand nach achtjähriger Dauer endgültig ihren Verlust. Nachdem die Anna ihre Bereit erfüllte, den Sohn auf der Bühne auszuführen, wurde die Mutter wieder aufgenommen.

## **Verbandsnachrichten.**

Geographisch ist hier nach Einschätzung der Betreuerung die gleiche Tendenz wie in den vorherigen Jahren zu beobachten, nur dass die Ergebnisse der Beurteilung der einzelnen Schulelemente nicht so einheitlich ausfallen.

**Neben (Maler und Handlungsarbeiter)**  
Am Ende des Monats November, jenseit seiner bestreitigen Entfernung aus dem College, schreibt er weitere bislang unbekannte Belehrungsschriften mit folgender Tagesordnung statt:  
1. Sonnenbericht vom 3. Dezember, 2. Jahresbericht und  
Gesamtbilanz, 3. Berichtsbericht, 4. Berichtsbericht. Zu  
diesem 1. gab College Sonnen den Sonnenbericht. Und dann  
wurde er folgendes zu entdecken: Einzelne und insgesamt  
der Vermögensgegenstände: 4821,41,-; Goldstücke, Gru-  
ndstücke 2770,22,-, Mietende 414,25,-. Mitglieder am  
Ende des Quartals 571. Da nun kein Reisepass fehlt  
wurde er weg, konnte ihm Schäffer keine Auskunft  
erteilt werden. Aufdringlich gab er den Zahnarzten Besuch.  
Daneben betrug die Geldentnahmen 15573,27  
Mark. Da Schäffer nicht bezahlt in 63 Tagen  
1714,56,-. Stufenantritt wurden 384. Vermögensgegen-  
stände wurden 661. Sichtbar gab der erste Geschäftspart-  
ner Schäffer, dem Schäffer-Arbeitsbericht. Schäffer wurde  
der bestens berücksichtigt im letzten Jahrzehnt sein. Klarheit  
in der Finanzierung, klarer Betrieb der Betriebe, wachsende  
und zunehmende Gewinne und Gewinne auf der Basis der  
gewissenhaften Betriebsführung. Das war die Basis für  
die hohe Rendite zu verzeichnen. Schäffer war ein  
guter und ehrlicher Geschäftsmann.

An aerial photograph showing a dense residential neighborhood. The area is filled with single-family homes, mostly two-story houses, arranged in rows. There are many mature trees scattered throughout the yards. In the foreground, there's a mix of green lawns and some darker, possibly paved or undeveloped land. The overall scene is a typical suburban sprawl.

die Vorträge: einer vom zweiten Zentralvorsitzenden, Kollegen Schmidt-Berlin, 5 von den Bezirksleitern, 4 von unseren Lokalbeamten, einer von Arbeiterscretär Flühr, einer von einem Studenten. Se ein Vortrag wurde gehalten von den Mitgliedern Albert Henrich, Heinrich Henrich und Stein. Außer den Vorträgen wurden noch 13 verschiedene Berichte erstattet vom Kärtell, Verwaltungsstellen, Sozialen Ausschuß, Ortskassenfasse usw. Hieraus ist zu ersehen, daß die Versammlungen durchaus inhaltreich waren. Vertrauensmännerversammlungen wurden acht abgehalten. Ein Wechsel der Vertrauensmänner, welcher der Fortentwicklung der Wahlstelle durchaus nicht förderlich ist, hat im Berichtsjahr sehr oft stattgefunden. Krankheitsfälle hatten wir 73 zu verzeichnen. Durch den Tod wurden uns 2 Kollegen entrissen, nämlich die Kollegen Gerhardt und Cramer. Sodann ging Redner zum Baudelegiertenwesen über und wies darauf hin, daß die Baudelegierten die Vertreter und Verteidiger unserer Ideen an den Arbeitsstellen wären, daß sie aber auch in Zukunft nicht wie bisher dem Rufe der Zeitung zu den Bauarbeiterverbänden folgen müßten. Wenn in diesem Punkte ein Fortschritt zu verzeichnen wäre, so müßten die Kollegen aber dennoch mehr Interesse wie bisher an den Tag legen, um nicht von dem Sturm der Zeit hinweggesagt zu werden. Zum Schluß wies Redner noch auf den Bauarbeiterausschuß hin und ersuchte die Kollegen um stilles Einhalten der bestehenden Vorschriften, um so unsere Mehrforderungen mit noch mehr Nachdruck vertreten zu können. Sodann stellte der Vorsitzende Hergert allen Kollegen seinen Dank für ihre rege Mitarbeit ab und ersuchte sie, auch im kommenden Jahre in der Agitation nicht zu erschaffen. Zu Punkt 3 wurde eine Wahlkommission gewählt. Da Kollege Hergert jegliche Wiederwahl ablehnte, wurde Kollege Dr. Stein als erster und Kollege Rothaß als zweiter Vorsitzender gewählt, Kollege Soj. Jansen als erster, Kollege Prinzen als zweiter Kassierer, Kollege Gert als erster, Kollege Mühlhausen als zweiter Schriftführer. Als Revisoren wurden die Kollegen Heinrich Henrich und Karl Hartmann gewählt. Hierauf wies Kollege Heinrich Henrich auf die vielen und großen Gefahren hin, besonders auf jene, welche unserer heranwachsenden Jugend drohen, und ersuchte er die Kollegen, sich mehr wie bisher an den konfessionellen Arbeiter- bzw. Gesellenvereinen zu beteiligen. Im Punkt Verschiedenes wies der Kollege Jansen auf die bevorstehenden Gewerbege richtswahlen hin und ersuchte die Kollegen um rege Agitation für einen guten Ausgang der Wahl. Zum Schluß ersuchte der neue Vorsitzende die Kollegen, doch in Zukunft die Versammlungen etwas besser und pünktlicher zu besuchen, und auch im neuen Geschäftsjahr wieder tüchtig mitzuarbeiten an unserer guten Sache. Hierauf schloß er die Versammlung mit einem dreisachen Hoch auf das Blühen und Gedeihen des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutsch-

**Bonn.** Am Sonntag, den 17. November, fand im Restaurant Wolther, Coblenzer Straße, eine Sitzung der Verwaltungsstelle Bonn statt. Diese wurde eröffnet von dem ersten Vorsitzenden Frith Günz mit folgender Tagesordnung: 1. Kassenbericht, 2. Geschäftsbericht, 3. Vorstandswahl, 4. Winterbeiträge, 5. Verschiedenes. Den Kassenbericht gab der Kassierer Kollege Bayer. Die Einnahme betrug für die Zentrale 3402,88 ₣, die Ausgabe 175,90 ₣; eingehandelt wurden 1342,20 ₣. Der Kassenbestand in der Postabteilung betrug 960,80 ₣, Lokalschüttlage 687,80 ₣, 15 Prozent: 588,40 ₣, sonstige Einlagen 259 ₣, in Summa 2245,59 ₣. Die Ausgaben betrugen 1402,99 ₣. Der Bestand am 1. Oktober war 342,51 ₣. Die Mitgliederzahl beträgt 620. Der Kassierer teilte mit, daß auch in diesem Quartal wieder ein schöner Fortschritt zu verzeichnen sei. Kollege Krämer als Steuerträger teilte mit, daß er die Fäße in bester Ordnung vorhanden habe, und stellte den Antrag, dem Kollegen Bayer die Erteilung zu erteilen, was einstimmig erfolgte. Zu Punkt 2 erhielt Kollege Seelbach das Wort. Er fuhr an, daß er bis jetzt an einer ganzen Reihe von Versammlungen teilgenommen habe. Der Verbandsbericht sei ein befriedigender gewesen. Die verlaßtümliche Handhabung der Geschäftsordnung in den Versammlungen müsse nicht geprägt werden. Dann ging es auf die Rentenbesuche ein, die er bis jetzt gemacht habe. Auf den meisten Baustellen seien noch Altkstände zu finden, so in Bezug auf Gerüste und Schuhgerüste. Besonders schlecht bestellt sei es mit den Baubuden. Nicht weiterdacht und in den meisten sei auch kein Ofen. Auch bemerkte man sehr häufig den Verbandskasten. Selden doch teil die Kollegen durch diese Altkstände haben geraten, darüber wohl jedem klar sein. Ich brauche nur auf die jetzige ungünstige Jahreszeit hinzweisen. Dann erläuterte Kollege Seelbach noch mit, daß wir auch in letzter Zeit gute Fortschritte gemacht haben in der Aufnahme neuer Mitglieder, sowie in Übertritten aus dem „freien“ Berichte. Kollege Seelbach forderte die Abwesenden auf, daß in der kommenden Zeit wieder frisch für die Stärkung unseres Verbandes zu arbeiten. Zu den Vorstand wurden wiedergewählt als erster Vorsitzender Frith Günz, zweiter Vorsitzender: erster Kassierer Kolob Bayer, zweiter Kassierer: erster Schriftführer Peter Krause, zweiter

christlichen Orts, als Beisitzer die Kollegen Peter Krämer,  
Johann Stoffl, Johann Hafner und Seibert. Als Medizinen  
wurden die Kollegen Johann Müller, Theodor Leisen und  
Kraemer gewählt. Einheitliche gewählte Kollegen nahmen  
die Wahl an und beschieden, ihre ganze Kraft in den  
Dienst der guten Sache zu stellen. Zu Kauf 4, Winter-  
zeitung, wurde einstimmig beschlossen, in den Winter-  
monaten die Summe 20 Pf. Zeitung zu zahlen. Im Konsil  
besprach man hierbei Befürchtungen noch auf die Agitation  
und auf die Gewissensqualen.

"Tarifabschluß", der von den Kollegen mit regem Interesse verfolgt wurde. Für uns Bildnerischer Kollegen heißt es jetzt, die vielen, die hier noch der Organisation fernstehen, unseren Reihen anzuschließen, damit wir im nächsten Frühjahr wieder als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen. Aus der nun folgenden Vorstandswahl gingen folgende Kollegen hervor: Der bisherige Vorsitzende von Wahnen, sowie der Kassierer Gardemann wurden wieder gewählt. Neu hinzu kamen: Karl Krüsmann als Schriftführer, Theodor Hünnenbärt und Gerhard Kerthoff als Revisoren, als Kartellsdelegierte Jakob Gohla und Joseph Claeßen. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Danach wurde die Versammlung geschlossen.

**Braunschweig.** (Maurer.) Am Mittwoch, den 20. November, fand unsere diesjährige ordentliche Generalversammlung statt. Der Kassierer, Kollege Gerlach, erstattete den Kassenbericht vom dritten Quartal. Auf Antrag wurde ihm Entlastung erteilt. Man schritt zur Vorstandswahl. Es wurden gewählt: Kollege Hohmann, erster, Kemper (Zimmerer), zweiter Vorsitzender; Th. Gerlach, erster, K. Piepenbring, zweiter Kassierer; Jos. Spies, erster, O. Döring, zweiter Schriftführer. Als Beisitzer wurden die Kollegen F. Borchardt und F. Schlaberg gewählt; zu Revisoren wurden die Kollegen E. Friedrich, H. Engelhardt und G. Jütte gewählt, zu Kartelldelegierte die Kollegen Hohmann, Gerlach, Friedrich, Döring und Kemper. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Nach Erledigung der eingegangenen Anträge beschäftigte man sich mit einem Artikel des „Volksfreund“: „Der alte Schwundel!“ Nach einer regen und zugleich ernsten Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Generalversammlung des christlichen Bauarbeiterverbandes nimmt mit Entrüstung Kenntnis von einem am 18. November im „Volksfreund“ erschienenen Artikel: „Der alte Schwundel“, in welchem das Verhalten des christlichen Bauarbeiterverbandes während der letzten Differenzen als Streitbruch, arbeiterschädigend usw. bezeichnet wird. Die Versammlung stellt demgegenüber nochmals fest, daß der christliche Bauarbeiterverband sich streng an die Bestimmungen des Tarifvertrages gehalten hat. Auf den übrigen Inhalt des Artikels, der geradezu von Verdrehungen und Beleidigungen stroht, näher einzugehen, erübrigt sich. Denn mit Leuten, wie die hiesigen Sozialdemokraten, die aus Haß gegen Andersdenkende jedes Maß des Anstands vermissen lassen, sogar öden gewöhnlichsten Beleidigungen und Beschimpfungen greifen, läßt sich eine sachliche und anständige Diskussion nicht führen.“ Nachdem der Vorsitzende noch einen warmen Appell an die Versammlung gerichtet hatte, doch in Zukunft energisch für den christlichen Bauarbeiterverband zu werben, schloß er die sehr gut besuchte und verlaufen Generalversammlung mit einem dreifachen donnernden Hoch auf den Centralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Düsseldorf. Die Generalversammlung der Mauren und der diesen angeschlossenen Betriebe fand am 16. November statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Geschäftliches, 2. Wahl von Delegierten zur Verwaltungsstelle, zum sozialen Ausschuss und Kartelljerner Wahl einer Krankenbesuchskommission und Vorstandswahl. Im Geschäftlichen wurden die von den Kollegen bestellten neuen Jahrbücher der christlichen Gewerkschaften verkauft. Darauf gab Kollege Gabb den Kartellbericht. Daraus sind besonders die Vorträge welche der soziale Ausschuss über staatsbürglerliche Schule halten läßt, von Interesse. Die Kollegen, welche diese Vorträge besuchen, erhalten ein Buch gratis, welches im halblich die Vorträge wiedergibt. Die Karte für alle diese Vorträge kostet 50 Pf. Als Delegierte zur Verwaltungsstelle wurden die alten Kollegen wiedergewählt. An Stelle des Kollegen Wald wurde Leopold Koscielny gewählt. Zum sozialen Ausschuss wurde Matth. Müller, Peter Röß, Georg Kasteliner, Jos. Weidenbusch und Bernhard Löffeler gewählt. In das Kartell wurden Jos. Gabb, Anton Wilzel, Georg Schöpper, Jos. Palmen, Anton Spizhorn, Leopold Koscielny, Leo Becht und Georg Kasteliner delegiert. Als Vorstandsmitglieder der Zahlstelle wurden die bisherigen mit Ausnahme der Schriftführer wiedergewählt. An deren Stelle wurden die Kollegen Albert Arnold und Leop. Koscielny gewählt. Die Abrechnung vom 3. Quartal wurde in der Ausschusssitzung am 19. November vorgelegt. Die Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse betrugen 5465,-. Für die Lokalkasse betrugen die Einnahmen mit Kassenbestand 2971,90,-, die Ausgaben 1599,93,-. Der Kassenbestand für das 4. Quartal ist 1371,97,-. Der Kassierer wurde, nachdem die Revisoren alles für richtig erklärt hatten, Entlastung erteilt. In der Ausschusssitzung zu der auch eine größere Anzahl Vertrauensmänner gezogen war, wurde besonders bedauert, daß so viele neu ausgenommene Kollegen wieder verloren gingen. Kollege Reister legte die verschiedensten Gründe dafür dar und erachtete die Haushälterer, doch in allen Punkten ihrer Pflicht zu tun, damit nicht durch fahrlässiges Bedienen der Finanzierung Vorschub geleistet würde. Besonders wurde auch hingewiesen auf die Verpflichtungsmarke am Schlusse des Jahres, wo jeder Kollege sein Buch zum Einsieben vorzulegen habe. Bekannt wurde noch gegeben, daß am Sonnabend, den 30. November, eine Versammlung der gesamten Verwaltungsstelle tagen würde. Da der Jahresbericht den Kollegen am Schlusse des Jahres gedruckt vorliegt, so wird er nicht mehr hier gedruckt.

**Offen.** (Maurer.) Am Sonntag, den 10. November, fand unsere diesjährige Generalversammlung im großen Saale des Alfredushauses statt, welche gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Vorstandswahl, 4. Geschäftliches. Zum Jahresbericht erstattete Kollege Schmitz einen kurzen Rückblick über die hinter uns liegende Zeit. Der Anfang des Jahres stand im Zeichen eines überraschend festigen Wahlturnieres. Er braute uns die „110“, von deren geschmolztenen Berichtsungen man bis jetzt aber noch nichts gemitteilt hat. Die politischen Wirren, insbesondere die Ballandifferenzen, haben unser Wirtschaftsleben nicht unberührt gelassen, trotzdem hat der Beschäftigungsgrad dennoch weiter noch angenommen. Im Ruhtrevier hatten wir

großen Bergarbeiterstreit, der gegen alle gewerkschaftlichen Regeln inszeniert wurde und daher auch mit einem blödlichen Zusammenbruch endete. Die Großindustrie betreibt eifrig die Brichtung der Gelben. Der Gewerkschaftsstreit, der durch "Sitz Berlin" erneut vom Januar gebrochen wurde, erhält für die christlichen Gewerkschaften durch den Dresdener Kongress seine Erledigung. Die innere Tätigkeit im Verbande war tüchtig, das Verhältnis der Kollegen zu ihren Führern war ein gutes, daher war es möglich, trotz schlechter Konjunktur Fortschritte zu machen. Abgehalten wurden 42 Mitgliederversammlungen, 18 Vorstands- und 10 Kassenberichte und Vertrauensmännerwahlen. Die Gesellschaftsverschaffung wurde getätig und der Sieg an unsere Fahne geheftet. Den Kassenbericht gab der Kassierer, Koll. Bach. Danach betrugen die Gesamteinnahmen 33 957,21 Mark. An Unterstützungen wurden 2435 M. gezahlt. Aufgenommen wurden 804 Kollegen, Übertritte waren 121 verzeichnet. Trotz der schlechten Lage des Baumarktes (in den ersten fünf Monaten wurden 153 Bauaufträge weniger erteilt als in der gleichen Zeit des Vorjahrs) kam uns der Erfolg befriedigend, darum geföhrt Danach allen treuen Mitarbeitern. Bei der hieraus getätigten Vorstandswahl wurden gewählt: Franz Schmitz, Peter Scheld 2. Vorsitzender; Josef Bach 1. Karl Theis Kassierer; Hermann Edermann 1. Ludwig Hohmann Schriftführer; als Revisoren die Kollegen Kleinein, Bühmann und Knüttel; als Kartellbelegierte die Kollegen Bieder, Tröstl, Wagner und Lichtenberg. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen, nach Kräften für die Weiterentwicklung der Zahlstelle einzutreten und praktische Mitarbeit im bevorstehenden Kampfesjahr zu leisten. Nachdem im Punkt „Gewerkschaftliches“ noch einige wichtige Fragen erledigt waren, wurde die Generalversammlung mit einem begeisterten Hoch auf das weitere Blühen und Gedeihen der Zahlstelle geschlossen.

**Griesendorf.** Am Sonntag, den 24. November, fand im Hotel „Zur Krone“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Als Referent war Bezirksteiler D. Schleicher aus Frankfurt a. M. erschienen, welcher einen sehr reichen Vortrag über die innere Tätigkeit der Organisation hielt. Nach derselben fand die Neuwahl des Vorstandes statt. Als erster Vorsitzender wurde wieder gewählt der Kollege Joh. Mögner, als Stellvertreter neu gewählt der Kollege Hans Ganz; als erster Kassierer wurde wieder gewählt der Kollege Hein. Kiehl, als Stellvertreter neu gewählt Kollege Hein. Mühlung und als Schriftführer von Dippoldsmann. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Gerhard Düller und Hein. Döpf. Und nun, Mitglieder, nehmt immer eifrig an den Versammlungen teil, zahlt pünktlich und gern die Beiträge; mit neuem Mut und neuer Begeisterung heißt es jetzt an die Arbeit für die christliche Organisation.

**Hannover.** In der diesjährigen Generalversammlung der Zahlstelle der Zimmerer wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Karl Hildebrand gewählt. Der bisherige Vorsitzende, Kollege Stedder, war infolge seiner Arbeitsbelastung nicht mehr in der Lage, den Vorsitz weiterzuführen. Als zweiter Vorsitzender wurde Kollege Th. Böse gewählt. Zum ersten Schriftführer wurde Kollege Hermann Weber und als zweiter Kollege Hans Weintreich gewählt. Zu Beschluss wählte die Versammlung die Kollegen Kreuzmer und Rödiger, zum Kartellbelegerten Jos. Gunzel. Beschlossen wurde noch, in Unbetracht der Lohnbewegung zur Stärkung der Zahlstelle einen Winterbeitrag von 1 M. zu erheben. — Die Zahlstelle der Dachdecker hielt am Bustag ihre diesjährige Generalversammlung ab. Zum Vorstand für das Jahr 1913 wurde gewählt Kollege Th. Bolmer als erster und Jos. Rüdig als zweiter Vorsitzender; Kollege Arnold Zene als erster und Heinrich Ahlsborn als zweiter Schriftführer; als Revisor in die Verwaltungsstelle Kollege Bömeke. Zum Kartellbelegerten wurde Kollege Friedr. Schwartze gewählt. Aus dem Jahresbericht, den Kollege Schneider gab, ist zu entnehmen, daß sich die Zahlstelle gut entwickelt hat und steht zu hoffen, daß im nächsten Jahre bei guter Agitation die Mitgliederzahl gesteigert wird. — Die Zahlstelle Döhring hielt ebenfalls am Bustag eine Versammlung mit Neuwahl des Vorstandes ab. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Franz Döring, Wichmannstraße 21, p.) und als zweiter Johann Werner wieder gewählt. Zum ersten Schriftführer wurde Richard Stille gewählt und als zweiter Kollege Wilhelm Manegold. Als Revisor in die Verwaltungsstelle wurde Kollege Jakob Graf wiedergewählt. Einige Auträge zum Verbandstage wurden angenommen und sollen eingereicht werden. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß jeder Kollege bis Anfang Dezember sein Buch in Ordnung haben muß, um die Schlussmarke zu erhalten. Sämtliche Bücher werden in diesem Zwecke eingezogen. Die Abrechnung muß im Dezember fertiggestellt und mit derselben die Marken angesandt werden. Röge sich ein jeder Kollege dies weiter.

**Kleinenbroich.** Am Sonntag, den 24. November, und hier bei Herrn Franz Jordan eine öffentliche Versammlung der Bauarbeiter statt. Kollege Kasteler aus Düsseldorf sprach den im Frühjahr 1913 ablaufenden Tarifvertrag. Es sei endlich an der Zeit, die Augen zuhalten und zu erkennen, daß die Organisation für die Arbeiterschaft eine unumgängliche Notwendigkeit sei. Es sei bei der Aussperrung 1910 nicht darauf gesehen worden, wer organisiert gewesen sei oder nicht; alle, ohne Ausnahme, hätte man sie ausgesperrt; dies habe man zu Recht zur Genüge erfahren. Ein geschlossenes Ganzerfüllte auf alle Fälle hierorts gebildet und dafür gesorgt werden, daß alle, ohne Ausnahme, dem Verbande beitreten. Nach weiteren Ausführungen wurde zur Vorstandswahl geschritten, aus welcher die Kollegen Jakob Kasteler als 1. Vorsitzender, H. Doppert als 2. Vorsitzender, Johann Kreuzer als Kassierer, Roth, Wenzel als Schriftführer hervorgingen. Die gewählten Kollegen vertraten alles zu tun, was zur Stärkung unseres Verbandes beitrage und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Raum unseres Ortes Mitglied des christl. Verbandes sei.

Die nächste Mitgliederversammlung findet am 8. Dezember statt. Alle Kollegen werden erachtet, in obigem Lokale der Versammlung beizutreten.

**M.-Gladbach.** Am Sonntag, den 10. November, fand unsere Verwaltungsstellenkonferenz statt, wo sämtliche Zahlstellen mit Ausnahme von Baal, Klichoven und Rheindahlen vertreten waren. Baal hatte sich entschuldigt. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom 3. Quartal, 2. Beitragsregulierung, 3. Anträge zur Verbandsgeneralversammlung, 4. Gewerbegerichtswahl. Der Kassenbericht ergab für die Hauptkasse eine Einnahme von 2211,16 M.; an Ausgaben: für Krankengeld 14 M., Sterbegeld für ein Mitglied 55 M. und Sterbegeld für die Frau eines Mitgliedes 40 M.; eingezahnt an die Hauptkasse wurden 2101,16 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betrugen 1657,67 M. einschließlich Kassenbestand, die Ausgaben 1189,64 M., so daß noch ein Bestand von 468,03 M. vorhanden ist. Da von sämtlichen Zahlstellen nur drei ihre Abrechnung bis zum 10. Oktober eingezahnt hatten und die Zahlstellenkassierer Klage führten über die unpünktliche Abrechnung der Vertrauensmänner, beschloß die Versammlung, um diesem Ubel zu steuern, daß in Zukunft keine Vertrauensmänner früher ausgezahlt werden dürfen als am Schlusse des Quartals. Diejenigen Vertrauensmänner, welche nun bis einschließlich ersten Sonntag des nächsten Quartals nicht abgerechnet haben, erhalten 1 Prozent weniger als diejenigen, welche pünktlich abrechnen. Da am 8. Dezember die Agitationsmarke zu 50 Pf. geflekt werden soll, wurde als Endtermin zur Abrechnung der 15. Dezember bestimmt für das letzte Quartal 1912. Zur Beitragsregulierung wurde, nachdem auf der vorhergegangenen Sitzung darüber debattiert und die Kollegen in den Zahlstellen dazu Stellung genommen hatten, ohne weitere Diskussion einstimmig beschlossen, ab 1. März 1913 15 Pf. Lokalsatztag pro Woche zu zahlen, dafür den Winterbeitrag um 10 Pf. pro Woche zu ermäßigen und die Agitationsmarke zu 50 Pf. fallen zu lassen, so daß die Mitglieder, welche das ganze Jahr leben, nicht höher belastet werden, sondern jetzt bloß im Sommer zahlen, was sie bisher im Winter zahlten, dagegen die Döhlberger nicht mehr in der Lage sind, sich so leicht vorbereztrücken. Weiter wurde beschlossen, daß auch diejenigen, welche sich von Dezember bis März aufnehmen lassen, 1 M. Eintrittsgeld und für die erste Woche 75 Pf. Beitrag zahlen müssen. Betreffs der Anträge zum Verbandsstag wurde beschlossen, daß die einzelnen Zahlstellen ihre Anträge bis zum 20. Dezember an den Verwaltungsstellenvorstand einzusenden haben; derselbe soll dann die Anträge zusammenstellen und einsenden. Betreffs der Gewerbegerichtswahl wurde nach eingehender Ausprache von der Ausstellung des alten Beisitzers Abstand genommen und, da der Kollege Käppi-Bieren ablehnte, Kollege Thies aufgestellt. Nachdem der Vorsitzende nochmals kurz die Delegierten auf die gesuchten Beschlüsse aufmerksam gemacht hatte mit der Bitte, für die Durchführung derselben nun auch einzutreten, schloß derselbe nach dreistündiger Dauer die Sitzung.

**Nürnbrecht.** Unsere Verwaltungsstelle hielt am 17. November eine gut besuchte Versammlung ab. Zunächst gab der Kassierer, Kollege Lötzen, den Kassenbericht von der ersten Abrechnung. Sodann berichtete Kollege Lange über den Dresdener Gewerkschaftskongress. Nach Klärstellung der verschiedensten Fragen beschäftigte sich die Versammlung mit inneren Organisationsangelegenheiten. Beschlossen wurde, in der beitragsfreien Winterzeit 10 Pf. pro Woche Agitationsbeitrag zu entrichten. Diejenigen, die mit diesem Beitrag vom Jahre 1911/12 noch restieren, haben in diesem Winter jede Woche zwei Agitationsbeiträge à 10 Pf. zu zahlen. Bei der Ergänzungswahl des Vorstandes wurden die Kollegen Richard Graf als Schriftführer und Albrecht Lang und Christian Strüher als Revisoren gewählt. Kollege Lange teilte dann noch mit, daß der Eisenbahnaminister auf die Beschwerde gegen die Entscheidung der Eisenbahndirektion Elberfeld, in Sachen der Ausgabe von Arbeitserlaubnissen, der Ansicht der Direktion beigetreten sei. Die Angelegenheit solle weiter verfolgt werden.

**Neusscheid.** Am Sonnabend, den 2. November, hielten wir unsere Generalversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Vortrag des Kollegen Lange. Den Jahresbericht gab der zweite Vorsitzende, Kollege Jos. Mergenthal. Außer anderen Fortschritten hatten wir eine Mehreinnahme von 1158,80 M. gegen das Vorjahr zu verzeichnen. In den Vorstand wurden gewählt: Joseph Huchs als erster, Jos. Mergenthal als zweiter Vorsitzender; Gustav Kettner als erster, Konrad Hey als zweiter Kassierer; Hermann Meurer als erster, Schmitz als zweiter Schriftführer. Als Revisoren wurden die Kollegen August Both und Peter Krämer gewählt. In die Schlichtungskommission wurden die Kollegen Huchs und Mergenthal gewählt. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Weil die Zeit schon weit vorgerückt war, mußte der Vortrag des Kollegen Lange ausfallen; dafür sprach er einige Worte über unsere Bewegung in nächster Zeit und berührte in seinen Darlegungen die eventuellen Folgen des Balkankrieges. Er dankte allen Kollegen, welche tatkräftig mitgearbeitet haben, und forderte sie auf, in dieser Weise weiterzustreben, damit unsere Zahlstelle wachse und geheime.

**Rheinberg.** Am Sonntag, den 6. Oktober, fand die Neugründung unserer Zahlstelle statt. Unter dem Druck der schlechten Konjunktur war es uns nicht möglich, die Zahlstelle durchzuhalten, trotzdem aber haben Kollegen bis dato ihre Verdienstpunkten treu erfüllt. Sündbaran, daß unsere Zahlstelle eingehen könnte, war auch der Umstand, daß ein großer Teil der heutigen Kollegen in Amtfort arbeiten müßte. — Die Versammlungen finden alle 14 Tage in Rheinberg im Hotel Willers statt.

**Warendorf.** Am Sonntag, den 24. November, fand unsere Generalversammlung mit Vorstandswahl statt. Reuegekündigt, den die Kollegen Heinrich Wolf als erster Vorsitzender, v. Blanke als erster, A. Baumhöfer als

zweiter Kassierer, Hermann Niesländchen als zweiter Schriftführer, die übrigen Kollegen wurden sämtlich wiedergewählt. Sodann hielt Kollege Festing aus Münster einen kurzen, lehrreichen Vortrag, worauf der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung schloß.

**Werne.** Die diesjährige Generalversammlung unserer Zahlstelle fand am Mittwoch, den 20. November, im Katholischen Gesellschaftshaus statt. Dieselbe hatte sich eines sehr regen Besuches zu erfreuen. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Zahlung der Beiträge, 2. Bericht vom 3. Quartal, 3. Bericht von der Ausschüttung zu Hamm, 4. Vorstands- und Loswahl, 5. Vortrag, 6. Verschiedenes. Die Generalversammlung wurde 4½ Uhr eröffnet. Den Bericht vom 3. Quartal erstattete der Kassierer Ribbege. Für die Zahlstellenkasse betrug die Einnahme 752,52 M., die Ausgabe 61,34 M., somit Bestand 691,18 M. Der Mitgliederbestand beträgt 60. Sodann gab Kollege Wesselmann den Bericht von der Ausschüttung zu Hamm. Bei der darauf folgenden Vorstandswahl wurden gewählt: Heinrich Wesselmann als erster, Anton Hölscher als zweiter Vorsitzender; Anton Ribbege als erster, Ferdinand Winkelmann als zweiter Kassierer; Bernhard Schriever als erster, Wilh. Kiebus als zweiter Schriftführer; Bernh. Hegemann und Anton Westhues zu Revisoren. Wegen vorgeträger Zeit mußte der Vortrag ausfallen. Sodann sprach Kollege Bücker-Hamm über die vorstehende Lohnbewegung im nächsten Frühjahr. Diejenigen sollen getreu ihren Führern folgen, damit der lekte Antrittszeit dem Verbande zugeführt wird.

## Dachdecker.

**Hamm.** Am 16. November fand unsere Generalversammlung statt, wozu sämtliche Kollegen erschienen waren. Dem Jahresbericht ist folgendes zu entnehmen: Unsere Versammlungen, die regelmäßig alle Monat abgehalten wurden, waren durchschnittlich gut besucht. Für die Verwaltungsstelle wurden vereinnahmt 284,54 M., für die Lokalkasse 104,21 M., welch letzter eine Ausgabe von 19,82 M. gegenübersteht, so daß unser Lokalkassenbestand 84,39 M. beträgt. Die Vorstandswahl wurde glatt erledigt, da sämtliche gewählte Kollegen die Wahl dankend annahmen. Der neue Vorsitzende, Kollege Kreis, dankte dem alten Vorstande und versprach, seine ganze Kraft dem Verbande widmen zu wollen und bat, die Kollegen möchten ihn in seinen Bestrebungen unterstützen. Unter „Verschiedenes“ teilte der Vorsitzende mit, daß in der vorletzten Nummer der Dachdeckerzeitung ein Versammlungsbericht von Hamm erschienen sei, wonach der Referent in der roten Dachdeckerversammlung seinen Zuhörern empfohlen habe, ihre ganze Kraft anzumunden, damit die vierzehn Christlichen sich alle zu ihnen überschreiben ließen. Viel Glück, Brüder! Ihr werdet eure ganze Kraft aber sicher auch dazu nötig haben.

**Düsseldorf.** Unsere Generalversammlung, welche zum erstenmal tagte, konnte einen guten Fortschritt der Mitgliederzahl verzeichnen. Waren auch die „Genossen“ seit unserer Gründung uns allerlei Schwierigkeiten bereitetet, so war es ihnen doch nicht möglich, dem Aufblühen unserer Zahlstelle Einhalt zu gebieten. Die Arbeitsgelegenheit war im Laufe des Sommers eine gute. Man hätte viel mehr Arbeitsplätze beizeichnen können, wenn in genügender Zahl Arbeitskräfte zur Stelle gereisen wären. Nachdem der Kartellbericht und der Bericht der Verwaltungsstelle vom 4. Quartal vorgelegt war, wurde der Vorstand ergänzt. Als erster Vorsitzender wurde Karl Höfig, als zweiter Vorsitzender Schmitz gewählt; als erster Schriftführer Christ. Koll., als zweiter Ad. Günzen. Nachdem dann noch die Delegierten zum sozialen Ausschuß und zur Verwaltungsstelle gewählt waren, wurde die Generalversammlung geschlossen.

## Zimmerer.

**Dortmund.** Am Sonnabend, den 16. November, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, die sich eines sehr guten Besuches erfreute. Im letzten Jahre herrschte reges Leben in der Zahlstelle. Dieses hatte zur Folge, daß unsere Mitgliederzahl sich gegen das Vorjahr um 30 erhöhte. Auch war der Kassenbericht des Komitaden Wend sehr zufriedenstellend. Nachdem die Revisoren beantragt hatten, dem Kassierer die Entlastung zu erteilen, welches einstimmig geschah, wurde zur Vorstandswahl geschlossen. Dasselbe ergab folgendes Resultat: Als 1. Vorsitzender wurde Kamerad Jacobshagen und als 2. Vorsitzender Kamerad Heinrich wiedergewählt. Ebenfalls wurde der Kamerad Wend als 1. Kassierer einstimmig wiedergewählt, als 2. Kassierer Kamerad Hüller. Als 1. Schriftführer Kamerad August Timmer, als 2. Schriftführer Kamerad Ulrich. Als Revisoren Zeiller und Weinrich. Alle Gewählten nahmen die Wahl an und versprachen, das dargebrachte Vertrauen in der richtigen Weise zu widerlegen und mit neuen Mut in der Agitation tätig zu sein, damit den Genossen das unfaulere Handwerk der Brotdossmachung unterer Kameraden recht bald auf allen Plätzen unmöglich gemacht wird, wie dieses bei der Firma Radau u. Rose noch in diesem Jahre geschehen ist. Nach der Vorstandswahl sprach unser Bezirksteiler, Kollege Ad. Koch, über die Pflichten des Vorstandes und der Mitglieder, besonders im nächsten Jahre. Seine Worte wurden von der Versammlung mit Begeisterung aufgenommen. Sodann wurde Kollege Koch noch gebeten, in nächster Versammlung möglichst zu erscheinen und einen zeitnahen Vortrag zu halten, welches Kollege Koch ansprach.

**Düsseldorf.** Der „Zimmerer“, Organ des sozialen Zimmerer-Verbandes, bringt in der Nr. 46 unter der Überschrift „Sozialistisch“ aus Düsseldorf eine Notiz, welche die Schriftführer der verschiedenen sozialen Parteien gegenübersteht. Es befindet sich nochmals mit den Unterschriften bei den Schriftführern Sophie und Müller in Düsseldorf. Diese Person hatte den dort beschäftigten Zimmerern die

tariflich vorgesehene Zulage von 80 Pf. für Mittagessen nicht gezahlt. In der Schlichtungskommissionssitzung konnte festgestellt werden, daß zwei „Genossen“ schon fünf Wochen ohne Zulage gearbeitet hatten. Sogar eine Sonderabmachung war ihrerseits unterschrieben worden, wonach sie auf die Zulage verzichteten. Der Artikelschreiber sagt nun, daß hätten sie auf Gründ versprochener Blutetarbeit getan. Ob's wahr ist, wissen wir nicht. Aber was sagte man wohl, wenn das umsteiner wäre? Die Schlichtungskommission entschied nun, daß die Firma zahlen müsse. Nun, lassen wir die Ausführungen des „Zimmerer“ folgen. Er führt fort: „Dieser Beschuß wurde der Firma gut Kenntnis gebracht. Die Folge war nun aber nicht die Zahlung des vorenthaltenen Betrages, sondern die Entlassung der zwei Männer. Mit dieser Maßnahme glaubte die Firma die Angelegenheit erledigt, wohl in der nicht ganz unbegründeten Annahme, daß die übrigen bei ihr beschäftigten Zimmerer, die sämtlich der „christlichen“ Organisation angehörten, auf die Erfüllung der vertraglichen Bestimmungen keinen Anspruch erheben würden.“ Was ist nun davon wahr? zunächst sind die beiden Zimmerer nicht entlassen worden, sondern haben von selbst aufgehört. Dann war von den insgesamt dort Beschäftigten nur ein einziger im christlichen Verbande und dieser hat die ihm tariflich zustehende Zulage von Fahrgeld und 80 Pf. für Mittagessen erhalten. Dann sollen wir ferner die Erklärung der Firma, wonach sie sich verpflichtete, dem Beschuß der Schlichtungskommission nachzuhören (die auch schriftlich gegeben war), den „Genossen“ vorenthalten und verheimlicht haben. Auch hätte der sozial. Zimmererverband schon die Sperrre über das Geschäft verhängt, der sich auch die Christlichen angegeschlossen hätten, und trotzdem hätten „Christen“ weitergearbeitet. Hier wird es notwendig sein, den „Genossen“ folgendes ins Gedächtnis zurückzurufen. Die Firma hat sich anfänglich geweigert, den Schiedsgericht anzuerkennen. Das ist schon richtig; aber nebstdem die Sperrre unter beiderseitigem Einvernehmen von den „Genossen“, wie der Artikelschreiber sagt, am 11. und unsererseits am 12. Oktober in der Mitgliederversammlung beschlossen war, hatte sich die Firma am Montag früh, den 14. Oktober, durch eine schriftliche Erklärung verpflichtet, dem Schiedsgericht anzuerkennen. Damit war jedenfalls die Sperrre für uns erledigt. Vom einer Einladung per Post vom Gauleiter Hanßen sollte nun am 14. Oktober eine gemeinschaftliche Plausversammlung sein. Unsere Kollegen haben, wie es auch bestimmt war, gleich nach Feierabend das Lokal aufgesucht und von 6—7½ Uhr geworkt. Die Erklärung der Firma war mitgebracht. Von den Genossen erschien niemand. Denken Sie mir auerholt dieser Zeit telefonisch an, wie die Sache liefe. Unser Berichter teilte ihm dann bei Schluß mit, daß er (Hanßen) erklärte darauf, daß dann auch für sie die Angelegenheit erledigt sei. Wie kann nun der Artikelschreiber von einer Verheimlichung der Erklärung reden, zumal wir dieselbe ihnen noch in Abschluß gezeigt haben? Es ist also geradezu die Wahrschau an den Kopf gestellt, wenn noch gesagt wird, trotz beiderseitig verhängter Sperrre hätten die Christlichen weitergearbeitet. Wenn aber die Firma den reellischen Zoll nur an die Eigentümer zahlen wollte oder bereit waren zu verlangen, und nicht gleich bereitwillig den Genossen Reichtum das Geld aushändigte, so mag sie wohl ihre Gründe dafür gehabt haben. Um möglichen Tugend vor dem Schriftsteller keine weitere Bedeutung bei, es reicht für mich selbst.

**Zwickau.** Die Generalversammlung unserer Zunft hielt tagte am 23. November im Verbandslokal. Zur Tagessitzung stand Geschäftsführer, Justizbericht, Kuriellbericht und Vorstandsbau. Am ersten Punkt wurde nochmals ein, wie zu- und Absetzung aufmerksam gemacht. Nach Würchen am Schluß des Punktens alle Mitgliedsbücher eingezogen, damit die Bequidungsmasse eingeschränkt werden könnte. Da die Übereinkunft vom 4. Quartal jüngstig bereits die Bequidungsfrist fertiggestellt sein mög., so sollten alle befreit sein, die letzten Beitragssachen noch zu zahlen, damit keine neuen vom nächsten Jahre eingetragen zu werden trennten. Der Jahresbericht wurde vom Ratsberater erläutert. Daraus war zu entnehmen, daß ein reges Leben im vergangenen Jahre Platz geöffnet habe. Der neue Bericht, wieder mit dem Zimmermeister, Baumeisterung abgeschlossen wurde und bis zum Jahre 1915 Kraft, nicht eine wesentliche Verbesserung der Jahre seines früher vor. Die Disziplinen, welche im Laufe des Gewerbes in die Erziehung traten, lehnten auf dem Tag der Schlichtungskommissionseröffnung erdrückt wurden. Das hervorhebliche ist besonders ein Punkt für unsere Kollegen wichtig. Es werden nämlich durch Herrn Theodor Dr. Carl Borchinger viele Schritte getroffen, und zwar am 4., 11., 18. Dezember und 8., 15., 22., 29. Januar und der letzte am 12. Februar. Zur letzten Sitzung der 23. Sitzungen für 50 Pf. für alle Verträge. Über diese Verträge war besetzt, erhielt am Schluß eine Urkunde (vertraglich Buch). Was der Verhandlung gegenstand: Peter Höglund als erster, Theob. Stolle als zweiter Kompagnie; Carl Stark als erster und Hugo als als zweiter Kompagnie; als Ratsberichterster wurde der Ritter gewählt, zum Capellen Leutnant Peter Höglund, und als Sekretär zur Schreiberei Peter Höglund und der Schreiberei. Theob. Stolle war zum Capellen und schrieb die Protokolle, und im Anschluß daran er einen Bericht über die Sitzungen und Schriften für die neue Zukunft.

THE CHINESE COMMUNIST LEADERSHIP

e. B., hat nämlich an seine Mitglieder folgendes Schreiben gerichtet:

1. Der wirtschaftliche Ausschug der Vereinigten  
Portlandzementfabriken, e. B., hat den Beschluss gefaßt,  
den Mitgliedern des Betriebs sowie wirtschaftlichen Ver-  
einigungen der Zementindustrie zu empfehlen, in die

Während der Dauer eines Streiks oder einer Aussperrung im deutschen Bau- gewerbe ruhen für die Gebiete und Baustellen, die der Deutsche Arbeiterbund für das Baugewerbe bezeichnet, alle un- feste Lieferungsverpflichtungen, ebenso die Abnahmeverpflichtungen unserer Un- nahmer bei bereits ohne Anspruch auf Schaden erfaßt. Während des Mühens der Abnahmeverpflichtung darf für die bezeichneten Gebiete und Baustellen kein anderer Zement gelauft, bezogen oder bearbeitet werden.

2. Wolltischen dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und dem Verband vereinigter Baumaterialienhändler Deutschlands, e. B., ist eine Vereinbarung getroffen worden, nach welcher der so genannte Verband die Streitklausel angenommen hat und sich verpflichtet, seine Mitglieder anzuhalten, im Falle von Sohnkämpfen das organisierte Baugewerbe durch Richtlieferung an Außenleiter zu unterstützen, wogegen sich der Deutsche Arbeitgeberbund f. d. B. verpflichtet, seine Mitglieder anzuhalten, bei gleichen Streitien in erster Linie von Mitgliedern des Verbandes vereinigter Baumaterialienhändler Deutschlands zu kaufen und auf seine lebigen Händlermitglieder dahin einzutwirken, daß sie dem Verbande vereinigter Baumaterialienhändler beitreten.

Man muß es dem Arbeitgeberbund für das Bau-  
gewerbe lassen, daß er sein Ziel konsequent verfolgt.  
Darauflich ziehen die Bauarbeiter ihre Lehre daraus.

## **Volkswirtschaftliches u. Soziales.**

**Die Lage des Arbeitsmarkts im Monat Oktober.**  
Die Lage des Arbeitsmarkts war nach dem „Reichsarbeitsbl.“ im Oktober im allgemeinen gut und konnte die gegenüber dem Vorjahr errungene Verbesserung meist noch aufrecht erhalten; doch machen sich Zeichen einer Abschwächung bemerkbar.

Soß bei Berichten aus der Industrie war die Beschäftigung zumeist zufriedenstellend.

Zur Zeit der Gründung des Bergbaus war im Brühltal, im Ober- und Niederschleifen im allgemeinen in guter Verfassung, doch wurde er in sehr ungünstiger Weise von dem Augenmangel beeinflußt. Dasselbe gilt vom mitteldeutschen Braunkohlenbergbau wie auch von der Wiesensäuerlich.

In der Mohrsenerzeugung heißt die gute Lage des Hormonatsen.

Die Berichte aus dem Baumgewerbe lauten, wie gewöhnlich, nicht einheitlich. Während aus Berlin, Kiel und Fürthberg über schlechten oder nur leidlich zufriedenstellenden Geschäftsgang geflagt wird, bezeichnen Berichte aus Bremen und Halle den Beschäftigungsgrad als normal, Berichte aus Augsburg, Königswberg, Leipzig, Freiberg, Chemnitz, Hof und Ingolstadt als gut.

Bei den Jnngs Taten fassen des Bau-  
arbeiteres, die sich auf 58 700 männliche und 1285 weib-  
liche Mitglieder beziehen, ergab sich am 1. November  
gegen den 1. Oktober eine Abnahme von 4366 männlichen  
und 211 weiblichen Versicherungspflichtigen, abzüglich der  
Todesfälle. Die Betriebskassenfonds mit einem Bestand  
von 47 408 männlichen und 1143 weiblichen versicherten  
Mitgliedern hatten eine Abnahme von 2517 männlichen  
und 67 weiblichen versicherungspflichtigen Mitgliedern  
durch Todesfälle zu unterstreichen.

Nach den Berichten der Frauenkassen hat der Beschäftigungsgrad im Oktobe r eine Abschwächung gegenüber dem Vorjahr und in gewissem Sinne auch gegenüber dem Sommerat erfahren. Es ergab sich zwar am 1. November eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abgänglich der erwerbsunfähig frank Gemeldeten von insgesamt 13 877 Mitgliedern, doch setzte sich diese Zunahme aus der beträchtlichen Abnahme von 20 583 männlichen und der Steigerung von 34 460 weiblichen Mitgliedern zusammen. Im Sommerat vermehrte sich der Mitgliederbestand um 51 197, im vorjährigen Oktober um 48 651. Gegen den Jahresbeginn ist der Beschäftigungsgrad, wenn man den Bestand am 1. Januar 1912 gleich 100 setzt, beim männlichen wie beim weiblichen bestanden auf 107 gesunken. Im gleichen Monat des vorjährigen Wochens betrug derselbe 110 bzw. 106.

Über die Arbeitslosigkeit im Oktober d. J. erhielten 49 Betriebe mit 2156 199 Mitgliedern. Von diesen waren im Oktober d. J. 1,7 v. H. gegen 1,5 v. H. im Vorjahr und 1,5 v. H. im Oktober 1911 arbeitslos. Es ist also gegen das Vorjahr sowie gegen den Vormonat eine Verschärfung eingetreten.

Bei der Gefangenenzahl der bestraftraden Arbeitsschaf-  
ferei, für die vergleichbare Angaben vorliegen, fanden  
im Monat 1912 auf je 100 offene Siedlungen bei den weib-  
lichen Verbrechen 143 Straftäterschafe gegen 152 im gleichen  
Monat des Vorjahrs und 141 im Sommer. Damit  
steht auf eine Verbesserung der Strafzinslage im Ver-  
gleich zum Sommerat geöffnete Zahlen. Bei den weib-  
lichen Verbrechen sind die entsprechenden Zahlen auf je  
100, 114 und 93 zurückgegangen.

Die Gewinne aus dem Güterverkehr deutlich gesunkenen Betrag im September 1887 38.119  
mark und jmd. 14.617.984 M. mehr als im Vorjahr  
und 12.800.350 M. mehr als im gleichen Monat des Vor-  
jahrens. Dies deutet gegen das Vorjahr eine Wachstum-  
mehr 20% M. über 6.000 d. St. auf 1 Kilometer.  
Der Verlust des Spezialhandels,  
der als Resultat der Kriegswir-  
kung auf dem Markt des freien  
Handels und nach der Entscheidung am  
Schiedsgericht von 1886, welche die Meierei Orléans ble-

Einfuhr in das Deutsche Reich nach den vorläufigen Feststellungen einen Wert von 920,08 Millionen Mark, die Ausfuhr einen Wert von 845,06 Millionen Mark gegen 891,08 Millionen Mark und 720,24 Millionen Mark für der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Der Verband deutscher Zinnungsträgerkassen, der in 146 Kassen 100 000 Mitglieder zählt, hielt für sich in Hannover einen aus allen Teilen des Reiches bestellten Delegiertenstag ab, der sich besonders mit der Reichsversicherungsordnung beschäftigte. Es wurde berichtet, daß die Verwaltungsinstanzen vielfach die Auflösung der Zinnungsträgerkassen anstreben. Die Kassen wurden ersucht, sich bereit zu widersehe n, und im Interesse ihrer Erhaltung auf einen Zusammenschluß der Kasse zu örtlichen Verbänden hinzuwirken. Die Versammlung sprach sich für die Halbierung der Beiträge aus, um den Arbeitgebern den Einfluß auf die Verwaltung der Kasse zu sichern. Die Forderungen der Ärzte nach allgemeiner Einführung der freien Arztwahl und Bezahlung nach Einzelleistung unter Ausschaltung der nicht organisierten Ärzte wurden als unannehmbar bezeichnet, und die Kassen wurden aufgefordert, diese Forderungen mit allen Mitteln abzuwehren.

Durch diese Beschlüsse wird die Antipathie der arbeitenden Klassen nur noch verstärkt werden. Die Hassierung der Beiträge bedeutet in der Praxis nichts weiter als Ausschaltung des Arbeitereinflusses und völlige Auskaserung der Klassen in die Hände der Arbeitgeber.

## **Gerichtliches.**

**Sperre wegen Schmuggelkonkurrenz.** Urteil des Reichsgerichts vom 19. November 1912. sk. Letzige 19. November. (Nachdruck verboten.) Auf das Gebiet der durch das leibige Submissionswesen geschaffenen gewerblichen Mißstände führte ein vor dem Reichsgericht ausgetragener Rechtsstreit, bei welchem der Kläger, über der wegen sogenannter Schmuggelkonkurrenz die Sperre verhängt war, die Unterlassung der Sperre und Entschädigung ihm durch die Sperre entstandenen Schadens verlangte. Der Kläger war ein Malermeister B. in Spanbau, der größte Meister seiner Branche am Orte. In der Rossi

der größte Meister seiner Branche am Utre. In der Sitzung der Beflagten erschienen der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände (Berlin), der Hauptverband Deutscher Arbeitgeber im Malergewerbe, der Verband der Maler (Hamburg, freie Gewerkschaft), der Centralverband christlicher Maler (Düsseldorf) und der Wirtschafts- und Handelsche Verband, sowie die Spanienbauer Ortsgruppen bzw. deren Vorstandsmitglieder. Der Kläger war selbst Mitglied des Lokalverbandes der Arbeitgeber seiner Branche und damit auch Mitglied des Hauptverbandes. Zwischen den genannten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden war am 16. Januar 1910 ein so genannter Reichstarifvertrag geschlossen worden, der in erster Linie die Mindestlöhne, gewisse Lohnzuschläge, Reisevergütungen für gewisse Arbeiter u. a. betraf. Dieser Reichstarifvertrag enthielt aber auch gewisse Bestimmungen, die in gleicher Weise zum Schutze der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber bestimmt waren. Meister, die den Tarifbestimmungen zuwider handelten, sollten einerseits Unterstützung durch die Tarifmitglieder genießen, gegen widerstrebende Meister sollte eventuell die Betriebs sperre verhängt werden. Der § 10 des Tarifvertrages betraf die Bekämpfung der sogenannten Schmuckkonkurrenz. Als Schmuckkonkurrenz wurde bezeichnet, wenn Meister, gleichviel, ob sie Mitglied der Tarifverbände seien, Aufträge unter dem Selbstkostenpreise anbieten oder unternehmen. Der Zeitpunkt der zu verhängenden Sperre gegen widerstrebende Meister sollte durch das Ortstarifamt erfolgen. Der Kläger war nun in zwei Fällen der sogenannten Schmuckkonkurrenz beschuldigt worden. Er

ogenannten Schmiedekonkurrenz beschuldigt worden. Er hatte seit Jahren bereits Arbeiten für die Spandauer königlichen Institute geliefert und sich auch 1909, als wiederum Arbeiten in zwei Losen ausgeschrieben waren, mit seinem Kollegen B. an der Submission beteiligt, wobei der Kläger und B. Mindestfordernde waren. Es wurde aber damals noch eine zweite Submission vorgenommen, und dabei erhielt der Kläger allein den Zuschlag, weil er alle Kollegen und auch B. weit unterboten hatte. Der Kläger behauptete, sein Verdienst werde durch zwar viel geringer, unter dem Selbstkostenprinzip habe er aber nicht angeboten, denn er rechne vor allem damit, daß er auch andere Arbeiten, die nicht submittiert würden, übertragen erhalten. Der zweite Vorwurf der Schmiedekonkurrenz wurde dem Kläger bei Vergabe der Mauerarbeiten für die städtische Badeanstalt gemacht. Da bei war der Kläger zunächst von einem gewissen Ed.

er für 1500 ₮ die Arbeiten ausführen wollte, unter-  
halten worden. Bei der zweiten Submission blieb aber  
auch hier der Kläger Mindestfordernder, indem er jetzt  
nur etwa die Hälfte von dem, was Sch. verlangt hatte,  
bei Übereignung der Arbeiten forderte. Wegen dieses  
Verhaltens entstand natürlich unter den Kollegen des  
Klägers eine gewaltige Erregung; sie behaupteten, die  
von Kläger geforderten Preise ständen weit unter den  
Gesetzlichenpreisen, vor allem weit unter denjenigen Min-  
destpreisen, deren Einholung die Tarifverbände am  
20. März 1910 ihren Mitgliedern zur Pflicht gemacht  
hatten. Der Kläger betreibe also, so wurde behauptet,  
Schwundkonkurrenz, und die Folge war, daß über ihn  
die Sperrre verhängt wurde. 25 Gesellen traten deshalb  
im Kläger sofort aus, einzelne Kollegen verbreiteten  
gegen den Kläger Drudsachen, daß über ihm die Sperrre  
verhängt sei. Der Kläger behauptete, dadurch sei sein  
Betrieb vollständig lahmgelegt worden, er sei infolge  
der Sperrre nicht imstande gewesen, die von ihm über-  
nommenen Arbeiten auszuführen und habe auch durch  
eine geschäftliche Misfreditierung erhebliche Einbuße ge-  
habt. Einen geschäftlichen Nutzen habe er nur dadurch  
erhindern können, daß er klein beigegeben habe, worauf  
die Sperrre allerdings schon am 23. März wieder auf-  
gehoben worden sei. Das ganze Verhalten der Be-

**Kollegen!** Die Zeit der statutarischen Beitragspflicht ist vorüber. Wer mit seinen Beiträgen noch im Rückstande ist, möge dieselben schmunigst begleichen. Das ist notwendig, weil sonst die Berechtigung zum Bezug der statutarischen Unterstützungen verloren geht. Im Hinblick auf die nächstjährige Tariferneuerung ist das von besonderer Bedeutung. Da mit Jahresende ein Wechsel der Beitragsmärkte eintritt, ist jeder Rückstand mit den Beiträgen sofort festzustellen. Die abreisenden Kollegen müssen sich bei ihrem Vorstand unter allen Umständen abmelden und in ihrem Heimatsorte anmelden. Nur durch Pünktlichkeit ist eine ordentliche Geschäftsführung möglich.

sagten, so behauptete der Kläger, verstöfe gegen die §§ 152, 153 der Gewerbeordnung, die Schutzgefechte im Sinne von § 823 BGB seien. Das Verhalten der Bevölkerung sei lediglich dem Haß und dem Konkurrenzneid gegen den Kläger entsprungen. Da ihm gedroht worden sei, die Sperre könne erneut über ihn verhängt werden, so fühle sich der Kläger berechtigt, für die Zukunft auf Unterlassung zu klagen und Erich des Schadens zu verlangen, der ihm durch die verhängte Sperre bereits entstanden gewesen sei. Das Landgericht Spania hatte die Klage abgewiesen. Wie das Reichsgericht in einer prinzipiellen Entscheidung (Bd. 73) erklärt habe, seien die sogenannten Tarifgemeinschaften keine Kampforganisationen, sondern Friedensorganisationen, so daß die §§ 152, 153 der Gewerbeordnung auf Tarifgemeinschaften nicht anwendbar seien. Ferner verneinte das Landgericht die Frage, ob das Verhalten des Beklagten gegen die guten Sitten verstößen habe. Die Sperre sei an sich nicht unsittlich, sondern werde dies nur durch hinzu kommende objektive und subjektive Momente. Hier aber fehle es zum mindesten an dem unsittlich wirkenden subjektiven Moment auf Seiten des Beklagten. In der Berufungsinstanz verfocht der Kläger die Ansicht, der § 152, 2 der Gewerbeordnung sei wenigstens auf solche Tarifgemeinschaften verwendbar, die gleichzeitig eine werbende Tendenz verfolgten. Und unmittelbar wirke eine Sperre stets dann, wenn sie unter formalen Verfahren, z. B. ohne Anhörung des Gegners, ohne weiteres verhängt sei. Doch auch das Landgericht bestätigte Berlin wies die Klage ab. Es unterstellt zunächst zugunsten des Klägers, daß sich schon durch seine Mitgliedschaft bei dem Saarländer Lokalverband vertragliche Beziehungen zwischen ihm und den übrigen Tarifverbänden ergäben. Trotzdem sei aber sowohl der vom Kläger erhobene Unterlassungs- wie auch der Schadensersatzanspruch unbegründet. Der Kläger sei trotz des Tarifvertrages verpflichtet gewesen, im Falle der Schuhkonkurrenz die Sperre zu dulden. Daß aber der Kläger Schuhkonkurrenz betrieben habe, sei erwiesen. Er bestreite selbst nicht, daß die von ihm verlangten Preise hinter den Mindestpreisen zurückgestanden hätten. Als Mindestpreise brauchten gar nicht die von der Tarifgemeinschaft erst am 20. März festgesetzten Normalpreise angelehnt zu werden, sondern lediglich die üblichen Mindestpreise. Daß übrigens der Kläger sogar unter keinen Selbstkostenpreisen angeboten habe, sei im Falle Schuh wohl ohne Zweifel. Auch auf formale Verjährungen könne sich der Kläger nicht berufen, denn jedenfalls sei vor der Verhängung der Sperre die Zustimmung des Zentralverbandes eingeholt gewesen. Des weiteren habe der Kläger auch gar nicht dargetan, daß er bei früherer Aufhebung der Sperre keinen Schaden erlitten haben würde. Richtig sei die Ansicht des Landgerichts, daß die §§ 152, 153 auf Tarifgemeinschaften deshalb keine Anwendung finden, weil diese nicht Kampf-, sondern Friedensorganisationen seien. Außerdem sei vom Reichsgericht ebenfalls bereits entschieden worden, daß auch Preiskonventionen nicht unter den § 153 der Gewerbeordnung fielen. Ebenso wenig habe es sich um eine dauernde Auspaltung des Klägers wie um eine völlige Unterbindung seines Betriebes gehandelt, denn der Kläger habe stets die Möglichkeit gehabt, sich entweder der Tarifgemeinschaft zu unterwerfen oder gänzlich aus seinem Verbande auszuscheiden. Dieses Berufungsurteil wurde auch vom Reichsgericht bestätigt, das die Revision des Klägers als unbegründet zurückwies. (Altenzeichen III. 116/12.)

## Soziale Rechtsprechung.

Zwei beachtenswerte Urteile des Berliner Gewerbegeichts.

### I. Urteil (Kolonnenystem):

Der Arbeitgeber haftet den Kolonnenarbeitern, die einen Zahlungsbevollmächtigten (Kolonnensührer) gestellt haben, nicht für die gehörige Verteilung des Gesamtlohns an die einzelnen Mitarbeiter.

Auf einem Neubau hatten mehrere Bauten die gesamten Außenarbeiten (Außen- und Innenausbau) gegen gemeinschaftlichen Abschluß übernommen. Vier von ihnen, die den größten Teil des Außenbaus hergestellt hatten, forderten vom Arbeitgeber den Restlohn für den Außenbau mit 223 M.

Die Klage ist abgewiesen.

### Aus den Gründen:

Da die Gesamtheit der Bauten Außen- und Innenausbau übernommen hat, ist es nicht angängig, einen Teil der Arbeiten (den Außenbau) herauszugreifen und ihn allein dem Arbeitgeber in Rechnung zu stellen. Das nachträglich eine Verlegung der Arbeiten in zwei selbständige Teile und deren Vergabe an zwei selbständige Kolonnengruppen vorgekommen habe, ist nicht dargetan. Bei Abrechnung der Gesamtarbeit dürfen die Bauten nicht außer acht lassen, daß die Art der Verteilung der Abschlagszahlungen ausdrücklich Angelegenheit der Bautenkolonne und des Hauptkolumnensführers ist. Aus dem Umstand also, daß etwa le-

terer an die anscheinend mit Defizit arbeitenden Innenausbau zuviel Lohn abgeführt und dadurch die Außenarbeiter benachteiligt hat, können die Bauten gegen den Arbeitgeber keine Rechte herleiten.

[Stammer 3 vom 13. Mai 1912, Nr. 409.]

### II. Urteil:

Aushändigung des Lohnbetrages an den Polier befreit den Arbeitgeber nicht von seiner Zahlungspflicht gegenüber dem Arbeiter.

### Aus den Gründen:

Der Einwand der Beklagten, daß sie den eingestellten Lohnbetrag ihrem Polier ausgehändigt habe und daher Kläger sich an diesen halten müsse, ist verfehlt. Der Vertrag ist nicht Beauftragter des Arbeitnehmers, sondern des Arbeitgebers; folglich ist nicht mit Aushändigung des Lohnbetrages an den Polier, sondern erst mit der Weitergabe durch den Polier an den Arbeitnehmer (bezw. dessen Bevollmächtigten) die Zahlung bewirkt.

Im vorliegenden Falle besteht nun kein Streit darüber, daß der Polier das Geld eingekehrt hat. Der Umstand endlich, daß der Polier durch die Erfahrung des Klägers — übrigens unstrittig ohne dessen Wissen und Willen — geschädigt worden ist, bestätigt nicht die Zahlungspflicht des Arbeitgebers.

[Stammer 3 vom 18. September 1912, Nr. 865.]

(Reichsarbeitsbl.)

## Soziale Wahlen.

**Altenseen.** Am 28. November fand die Wahl der Vertreter zur Allgemeinen Ortskrankenfasse statt. Es wurden im ganzen 495 Stimmen abgegeben. Die christliche Liste erhielt 353 Stimmen, wohingegen die Sozialdemokraten es nur, trotz aller Heize, auf 134 Stimmen brachte, 3 Stimmen waren ungültig. Seit der letzten Wahl ist eine Steigerung der Stimmenabgabe um 64 zu verzeichnen. Die christliche Liste weiß eine Stimmenzunahme von 90 auf, wohingegen die sozialdemokratische 29 Stimmen Abnahme zu verzeichnen hatte. Mögen unsere Altenseener Kollegen so weiter arbeiten.

**Bonn.** Am 20. November, dem Fast- und Betttag, fanden die Vertreterwahlen der Ortskrankenfasse in Poppelsdorf bei Bonn statt. Zu wählen waren 42 Arbeitnehmervertreter. Trotzdem wir schon fünf Jahre die Vertretung der Kasse in Händen haben, und die christlichen Vertreter ganz bedeutende Verbesserungen in den letzten Jahren eingeschürt haben, was auch die „Genossen“ anerkennen müssen, versuchen sie doch von Jahr zu Jahr, den christlichen Arbeitern die Säge zu entreißen. Aber immer sind sie läufig hingefallen. Dieses Mal hatten die „Genossen“ ganz bestimmt gehofft, zu siegen. Und wie war das Wahlresultat? 367 christliche Stimmen und 280 für die „freien“ Gewerkschaften. Die Wahlbeteiligung war eine rege, wäre aber noch besser gewesen, wenn nicht im Laufe des Nachmittags schlechtes Wetter eingetreten wäre. Es heißt nun für die Zukunft weiter zu arbeiten und zu agitieren, damit wir auch künftig in der Mehrheit bleiben.

**Bonn.** Bei der am 24. November getätigten Vertreterwahl zur Ortskrankenfasse wurden insgesamt 1743 Stimmen abgegeben. Davon erhielt die Liste der christlichen Organisationen 959, die der „freien“ Gewerkschaften 784 Stimmen. Wie nicht anders zu erwarten, wurden die Vertreter der christlichen Arbeiterschaft gewählt. Zu bemerken ist hierbei, daß sich das Stimmverhältnis gegen die letzte Wahl verringert hat. Es wurden für unsere Liste 225 und für die der „freien“ Gewerkschaften 99 Stimmen weniger abgegeben. Kollegen, die nächstjährige Wahl wird nach dem Verhältniswahlsystem getätig, daher heben wir die Pflicht, unsere Kollegen über die Krankenfasserverhältnisse aufzuklären.

**Ostrik.** Am Sonntag, den 24. November, fanden hier die Vertreter- und Vorstandswahlen zur Ortskrankenfasse statt. Drei Parteien waren auf dem Kampfplatz erschienen. Die größten Anstrengungen machte unzweifelhaft das „freie“ Gewerkschaftskartell. Die verschiedensten Mittel wurden angewendet, um seinen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Doch alles war vergebens. Die Liste der christlich-nationalen Arbeiterschaft siegte mit 110 Stimmen über die des „freien“ Gewerkschaftskartells, die 92 Stimmen erhielt. Die dritte Liste, die vom Vorstande der Ortskrankenfasse aufgestellt war, erhielt nur 24 Stimmen. Auch in der darauf stattfindenden Generalversammlung wurden die Kandidaten der christlich-nationalen Arbeiterschaft fast einstimmig gewählt. Das erfreuliche Resultat ist zweifellos auf das harmonische Zusammenarbeiten aller auf christlich-nationaler Grundlage stehenden Organisationen zurückzuführen. Ostrik ist in dieser Beziehung vorbildlich. Wir wünschten, daß es überall so wäre. Die Wahl hat bewiesen, daß auch im „roten“ Königreich noch vieles zu gewinnen ist, wenn man überall in allen Organisationen und Vereinen den Ernst der

Zeit versteht und — danach handelt. Bei all unserer Arbeit müssen wir stets mit den veränderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen rechnen. Leute, die in ihren Taten dieses zum Ausdruck bringen, darf man nicht als „Neulinge“ ansehen, sondern als freudige Mitarbeiter aufnehmen. Dann sind weitere Erfolge gesichert.

## Aus dem Baugewerbe.

(Unter dieser Rubrik finden Baumitsäße, Einwohnerzahlen, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Baumitsäße sind so schnell wie möglich eingeladen.)

**Das „Monument des Eisens“ auf der Internationalen Bauausstellung Leipzig 1913.** Auf einem freien Platz, der von der Hauptindustriehalle, der vorerwähnten Eisenbetonhalle und der gewaltigen, in Eisenkonstruktion erstellten Maschinenhalle, die die Lissmachinen des Bauwesens aufnimmt, begrenzt wird, errichtet der Stahlwerks-Verein gemeinsam mit dem Verein Deutscher Bildhauer und Eisenbauarbeiter ein eigenartiges Gebäude, das nach dem Motto des preisgekrönten Weltbewerbsurwurfes ein „Monument des Eisens“ sein soll.

Dieses Bauwerk gibt in seiner Struktur einen völlig neuen Raumwert! Als bei Eröffnung der deutschstädtischen Weltausstellung in London 1912 der Präsident nicht seine Pforten dem staunenden Publikum öffnete, da wußten die Besucher nicht, was sie von dem Werkstück aus Eisen und Glas halten sollten. Das raumbildende Element hatte sich in Linien verschönigt, daß Baumitsäße aus Eisen und Glas bildete nur einen Teil des Raumteiles. Anders bei dem Gebäude des Stahlwerks-Vereins. Auch hier bilden die Glasstücke einen großen Teil der Wände, aber das Eisen tritt in Gestalt von T-Stäben kräftig in die Erziehung. Sämtliche Wände sind aus diesem Material gebildet. Außer den Fundamenten, den Deckenplatten und den wenigen Innenelementen findet kein anderes Baumaterial Verwendung. Es gilt eben, schon in der äußeren Gestalt des Gebäudes daran hinzuzweisen, daß es dem Stahlwerks-Verein, in dem sich alle Stahl- und Eisenwaren des Reichslands vereinigen, dient.

Das Bauwerk ragt bis zu einer Höhe von 30 Meter empor und wird von einer 9 Meter großen vergoldeten Kugel als Abschluß gekrönt. In seinem Inneren soll es die Entwicklung der Eisenindustrie durch Modellen, Photographien usw. zeigen, in seinem Obergeschoss wird es ein Kinoteater enthalten, das im Gegenzug zu den bisher üblichen kinematographischen Verhüllungen im verdunkelten Raum, bei vollem Tageslicht seine interessantesten Bilder abrollt. Hier soll der Werdegang des Eisens von der Grube und Hütte bis zum Walzwerk und darüber hinaus, seine Verwendung für die verschiedensten Zwecke des Eisenhoch- und Brüderbaus, gezeigt werden.

## Bücherischau.

**Protokoll vom außerordentlichen christlichen Gewerkschaftskongress.** Der außerordentliche Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands am 26. November in Essen hat durch seine Vorgeschichte wie durch seine Tagesordnung die Lessentlichkeit in hervorragendem Maße beschäftigt. Bei etwaigen späteren Erörterungen über diese bedenkame Tagung wird man zweifelhaft den offiziellen vollständigen Bericht über die Handlungen zugrunde legen. Dieser Bericht ist sofort nach dem Kongress erschienen: „Protokoll des außerordentlichen Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands; abgehalten am 26. November 1912 in Essen. Christlicher Gewerkschaftsverlag, Köln, Eintrachtstraße 147. Preis 0,30 Mark.“ Den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften wird das Protokoll durch die Geschäftsstelle ihrer Verbände zu einem billigeren Preis vermittelt. Das Protokoll enthält den genauen stenographischen Wortlaut der auf der Essener Tagung gehaltenen Reden: a) das Referat von Generalsekretär Stegerwald über: Die christlichen Gewerkschaften und päpstliche Enzyklika; b) die Diskussion zu diesem Vortrag und den gefassten Beschlüssen.

— Für die grundsätzliche Beurteilung der christlichen Gewerkschaften wie als wertvoller Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt wird die vorliegende Schrift von bleibendem Wert sein.

**Erfolge der Gewerkschaftsbewegung.** In unorganisierten, geistig indolenten Arbeiterschichten ist der Einwand geläufig, die Gewerkschaften nützen dem Arbeiter doch nichts. Ein ähnlicher Standpunkt, wenn auch

